

Familie sucht  
Wohnung!



ab 4 Zimmer  
Wir freuen uns über jeden Tipp!

## Soziale Frage „Wohnen“

Mietpreis-Wucher und Spekulation belasten Familien





Foto: Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ gGmbH

## GEMEINSAM ENGAGIERT AUF TRETEN

**Vielseitig nutzbar z.B. für Vereinsabende,  
Grillfeste oder Werbeveranstaltungen**

### Serviette

Mit KAB-Logo, 2-lagig, Zelltuch.

Bestell-Nr. 701008

1 Pack = 300 Stück **€ 15,90**

ab 5 Pack € 14,50

### Bierdeckel

Vorderseite KAB-Logo, Rückseite  
Text „Menschen beteiligen – Gerech-  
tigkeit schaffen“. Rund Ø 107 mm.

Bestell-Nr. 701016

1 Pack = 100 Stück **€ 7,00**

ab 5 Pack € 6,00

### Papierfähnchen

Beidseitig mit KAB-Logo.  
21 x 15 x 40 cm, weiß

Bestell-Nr. 701058

1 Pack = 100 Stück **€ 5,00**

### Tischwimpel

Beidseitig bedruckt, 25 x 15 cm  
(passender Ständer: Bestell-Nr.  
703014)

Bestell-Nr. 703013

**€ 17,90** / ab 3 Stück € 15,50

### LATZSCHÜRZE NEU

Mit Tasche und aufgedrucktem KAB-Logo.  
Verstellbares Nackenband, Einheitsgröße, natur,  
100% Baumwolle, waschbar bei 60 Grad.

Bestell-Nr. 701057

€ 19,50 / ab 3 St. € 17,90 / ab 5 St. € 15,50

### Restposten-Angebot

Latzschürze bisheriges Modell  
jetzt pro Stück **€ 10,00**



# VORWORT



Matthias Rabbe

**L**iebe Leserinnen und Leser, sehr erfreulich ist die positive Resonanz auf das neue Impuls-Format, die Sie in Wort und Schrift der Redaktion mitgeteilt haben. Nicht zuletzt findet das KAB-Kreuzwörterrätsel sehr großen Zuspruch bei Ihnen. Das freut uns sehr.

Das Recht auf Wohnen ist zur sozialen Frage geworden. Spekulation, Privatisierung, unzureichender sozialer Wohnungsbau, Landflucht und veränderte Lebensweisen und -formen führen nicht nur in den Großstädten zu sozialen Wohnproblemen. Besonders betroffen sind Familien und ältere Menschen. Mehr dazu im Titelthema.

Die Zukunft der EU steht nach den EU-Parlamentswahlen zur Diskussion. Im Vorfeld der Wahl hatte die KAB mit der italienischen Partnerbewegung ACLI eine gemeinsame Erklärung verfasst, in der beide Bewegungen zur Wahl aufriefen und sich gegen Nationalismus und für ein sozial gerechtes Europa aussprachen. Musikalisch unterstrichen wurde der Aufruf mit der gesungenen Europa-Hymne vor dem Kölner Dom. Zudem beteiligten sich viele KAB-Gruppen an den Kundgebungen „Ein Europa für alle!“ in Berlin, Hamburg, Köln, Stuttgart, München, Frankfurt und Würzburg, um Zeichen gegen Nationalismus zu setzen.

## Ihre Redaktion

✉ [matthias.rabbe@ketteler-verlag.de](mailto:matthias.rabbe@ketteler-verlag.de)

🌐 [www.kab.de/service/kab-impuls](http://www.kab.de/service/kab-impuls)

# INHALT



Wohnungsnot plagt Familien

► **TITEL-THEMA** Seite 4



Europa-Hymne vor dem Dom.

► **EUROPA-WAHL** Seite 12



CWM: Selbsthilfe in Sri Lanka

► **INTERNATIONALES** Seite 25

## TITEL-THEMA

Gnadenlos draußen	4
Einheit von Wohnen, Leben und Arbeiten	5
Vertreibung der Arbeiter	6
Gemeinsam wirtschaften	7
Regionale Verbundenheit stärken	8
Gemeinsam und bewusst leben	10
KAB-Projekt belebt Innenstadt	11

## EUROPA-WAHL

Gemeinsam ein Europa für alle	12
-------------------------------	----

## KAB-INFO

KABarett „Geld.Macht.Angst.“ sorgt immer für volles Haus	13
--	----

## INTERVIEW

Abgehobene Eliten?	14
--------------------	----

## GUTE AKTIONEN

Kampf für gerechten Handel	16
----------------------------	----

## AUS DEN DIÖZESEN

	18
--	----

## AUS DEN ORTSVEREINEN

	20
--	----

## KAB

KAB präsentierte Inklusions-Band	22
Verband will neue Wege bei der Mitgliederwerbung gehen	23
KAB für Mindestlohn von 13,69 Euro	24

## INTERNATIONALES

Sri Lanka: Arbeiterbewegung organisiert Selbsthilfe	25
WBCA und KAB zum „Tag der Arbeit“	26

## GASTBEITRAG

Bundesverfassungsgericht gefordert	27
------------------------------------	----

## SERVICE / RECHT

	28
--	----

## BUCHTIPPS

	29
--	----

## LESERBRIEFE

	29
--	----

## IMPRESSUM

	30
--	----

## RÄTSELSPASS

	31
--	----

## BESINNLICHES

	32
--	----



# Gnadenlos draußen

Alleinerziehende können Miete nicht zahlen



Gewerkschaften kritisieren bundesweit zu teure Wohnmieten.  
Foto: DGB

**N**ein Monate suchte Stephanie Schädel händeringend nach einer neuen Wohnung in Stuttgart. Die 39-jährige gebürtige Thüringerin lebt seit zehn Jahren in Baden-Württemberg, genauer gesagt mit ihren vier Kindern in Stuttgart-Degerloch. Zum 31. März wurde ihr nach fünf Jahren die Wohnung seitens der Vermieter, einer Erbengemeinschaft, gekündigt. „Wir werden gnadenlos aus unserem Zuhause geschmissen, ohne Aussicht auf eine neue Wohnung. Grund hierfür ist die Kündigung und Räumungsklage wegen verspäteter Mietzahlung, zuletzt zweimal im Jahr 2017“, erklärte sie Ende März.

Auslöser für die nur wenige Tage verspätete Mietzahlung war der unpünktliche Eingang des Kindesunterhalts vom Vater, den Stephanie Schädel teilweise zur Mietzahlung benötigte. In der Hoffnung auf die Hilfe des Wohnungsamtes ließ Schädel sich auf einen Vergleich zum 31. März 2019 ein. Doch für die alleinerziehende Mutter ist die Räumungsklage ein Supergau. Wohin mit den vier Kindern im Alter von einem, neun, 15 und 20 Jahren. Alle Wohnungsinserate in den Zeitungen hatten keinen Erfolg. Zu groß ist die Nachfrage in der Landeshauptstadt, die es seit Jahrzehnten versäumt hat, ausreichend Sozialwohnungen bereitzustellen.

Bisher zahlte Schädel 950 Euro kalt für die Fünf-Zimmer-Wohnung. Degerloch ist ein Stadtteil mit gut situierter Bevölkerung: Nach dem Auszug rechnet Schädel damit, dass sich die Miete um bis zu 350 Euro erhöhen wird. Derweil baut Schädel's Vermieter auf dem Nachbargrundstück

in Degerloch weitere Luxuswohnungen. Laut dem Internetportal Immowelt liegt der Quadratmeterpreis in Stuttgart zwischen 16,50 und 18,90 Euro.

## Stuttgart: 4.300 Haushalte suchen Wohnungen

Stephanie Schädel startete eine Internet-Petition, mit der sich in kürzester Zeit über 60.000 Unterzeichner\*innen solidarisierten. Der Vermieter, der sich mittlerweile von der HVH Hausverwaltung getrennt hat, blieb bei der Kündigung. Die Mutter von vier Kindern plagten schlaflose Nächte. Schlimmstenfalls droht Obdachlosigkeit. Bild-Zeitung, Stuttgarter Nachrichten und Fernsehsender berichteten über den exemplarischen Fall. Doch auch Anfang April war keine neue Wohnung in Sicht. Die Aufregung, dass jederzeit ein Gerichtsvollzieher klingelt und Möbelpacker ihre Wohnung ausräumen, hielt sie kaum aus. „Wo sollen wir jetzt hin?“, fragte sich die alleinerziehende Mutter, die ihre Kinder im schulischen und sozialen Umfeld des Stuttgarter Stadtteils integriert wissen will. Für die in Vollzeit beschäftigte Bürokauffrau bliebe nur das sogenannte Sozialhotel.

Stephanie Schädel ist kein Einzelfall. Die Notfalldatei der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg weist 4300 Haushalte mit über 10.000 Angehörigen aus, die von Wohnungsnot betroffen sind. Stuttgart rangiert hinter Karlsruhe und München auf dem dritten Platz der Mietspiegelrankings. Wer aus- oder umzieht, muss für die neue Wohnung im Schnitt vier bis fünf Prozent mehr zahlen. Die

Spanne pro Quadratmeter ist bundesweit aber sehr groß. Sie reicht im Durchschnitt von 4,54 Euro im Kreis Hötter bis 16,54 Euro in München.

### GdW-Chef: Über eine Millionen Wohnungen fehlen

Der Drang in die Städte sorgt für unbezahlbaren Baugrund, für einen allgemeinen Wohnungsnotstand und unbezahlbare Mieten. Besonders Alleinerziehende und Familien mit geringerem Auskommen sind von dieser Entwicklung betroffen.

Laut dem Gesamtverband der deutschen Wohnungswirtschaft (GdW), dem bundesweit 3000 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften angehören, entstehen in den 14 größten deutschen Städten nur Zweidrittel des eigentlichen Bedarfs. So wurden in Stuttgart 2017 nur 2129 Wohnungen gebaut, obwohl der Bedarf doppelt so hoch war. „In dieser Legislaturperiode muss es Aufgabe sein, den dringenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Deutschland zu gewährleisten. Mindestens 400.000 zusätzliche Wohneinheiten für alle Bürgerinnen und Bürger sind hier-

für in den kommenden Jahren erforderlich. Darunter fallen mindestens 80.000 Sozialwohnungen und weitere 60.000 Mietwohnungen im bezahlbaren Wohnungssegment pro Jahr, zusätzlich zum derzeitigen Bauvolumen“, so GdW-Chef Axel Gedaschko auf der Frühjahrspressekonferenz. Der Gesamtverband hat ein Defizit in Deutschland auf mehr als eine Million fehlender Wohnungen summiert, was derzeit in den Ballungsräumen und Universitätsstädten zu beobachtenden Mietsteigerungen führt.



## Einheit von Wohnen, Leben und Arbeiten

### KAB-Programm: „Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum“

Die Wohnungsfrage ist immer auch eine soziale Frage von Arbeiterbewegungen. Bereits im Grundsatzprogramm der KAB Deutschlands aus dem Jahr 1996 wurden wichtige Pflöcke für ein Wohnen getroffen, das Leben und Arbeiten der Menschen und Familien eng verbindet. So soll „zur Förderung des Wohneigentums der genossenschaftliche Wohnungsbau wieder stärker“ belebt werden, denn diese Form des Wohnungsbaus ermöglicht den Genossenschaftsmitgliedern Eigentum und Dauerwohnrecht.

#### Ausbau sozialer Wohnungsbau

Zur Behebung des Wohnungsmangels müsse der Neubau von Wohnraum gefördert werden. Hierzu gehört die Verbesserung der Förderung von selbst genutztem Wohneigentum und die Aufstockung der Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau. Zusätzliche Einnahmen durch Fehlbelegungsabgaben müssten in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Das Wohngeld sei aufzustocken und jährlich anzupassen.

Zur Vermeidung von Bodenspekulationen sollte laut KAB zunächst das Entstehen von Wertsteigerungen ausgeschlossen werden. Erforderlich sei ein Ankaufsrecht der Gemeinden für unbebaute Grundstücke zu Preisen, wie sie für vergleichbare Grundstücke ohne Bauerwartung gelten. „Die Grundstücke sind für den sozialen Wohnungsbau einzusetzen. Voraussetzung ist eine Reform der Bodenbesteuerung in Richtung auf die Belastung brachliegenden Baulands, damit Verkaufsbereitschaft der nicht bauwilligen Eigentümer gefördert wird.“

#### Umweltschonend Bauen

Darüber hinaus spricht sich der Verband für ein gemeinsames Wohnen von Jung und Alt aus. „Barrierefreies Wohnen für alle Lebenslagen und Lebensalter sowie integriertes Wohnen im Generationenverband müssen wieder mehr gelingen“, fordert der Sozialverband in seinem Grundsatzprogramm. Gleichzeitig mahnte die KAB bereits vor über 20 Jahren umweltschonende und

energiesparende Bauprojekte an. „Ökologische Anforderungen müssen in den Bestimmungen zur Wohnungsbauförderung berücksichtigt werden“. Nicht zuletzt setzt die KAB auf eine stärkere Einheit von Wohnen, Arbeiten und Leben. Um dies zu ermöglichen, „unterstützt die KAB Verkehrskonzepte, die den Vorrang öffentlicher Verkehrsmittel vor dem Individualverkehr durchsetzen, sowie entsprechende Regionalentwicklung, um grenzenlose Mobilität durch kleine Netze abzulösen.“

#### Sozialbindung verlängern

Die KAB kritisiert darüber hinaus, dass der soziale Wohnungsbau seit Jahrzehnten zurückgefahren wurde und weiterhin wird. Die Sozialbindung der Wohnungen werde zu früh gekappt und somit dem freien Markt und dem Profit ausgeliefert. Laut § 88 Wohnungsbaugesetz darf die soziale Zweckbindung einer Wohnung nicht länger als 15 Jahre gelten. Hier müsste der Gesetzgeber diese Bindungsdauer verlängern.



# Vertreibung der Arbeiter

Wohnen wird zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts



Bundesweit demonstrierten im April Tausende gegen Wohnungsnot und Miet-Haie. Foto: Rabbe

Wohnen ist zur sozialen Frage des Lebens im 21. Jahrhundert geworden. Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht, das auch in die Europäische Sozialcharta Eingang gefunden hat. Dieses Menschenrecht auf Wohnen beinhaltet nach dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) auch den rechtlichen Schutz des Arbeitsplatzes; die Verfügbarkeit von Dienstleistungen, Materialien, Anlagen und Infrastruktur; Erschwinglichkeit; Bewohnbarkeit; Zugänglichkeit, Lage und kulturelle Angemessenheit. Bereits vor 100 Jahren gestand die Weimarer Verfassung erstmals jedem Deutschen das Recht auf „eine gesunde Wohnung“ zu.

## Latte macchiato statt „Berliner Weisse“

Hundert Jahre später ist die Zahl der Obdachlosen in Deutschland auf Rekordhöhe, Wohnraum in Städten für Arbeitnehmer mit Familie nicht bezahlbar. Ehemalige Arbeiterstadtteile wie Ehrenfeld in Köln, das Hansaviertel in Münster, Untergiesing in München oder das Rabus-Viertel in Nürnberg wurden zu teureren Wohngebieten für Singles, Studenten-WGs und Neu-

reiche. „Die Weststadt hat sich vom Arbeiterviertel zum kulturellen Hotspot von Nürnberg gewandelt“, wirbt die Wohnungsplattform Immowelt.

Derzeit wird in Berlin der „Rote Wedding“, das einstige Arbeiter- und Einwandererviertel, das nördlich von Berlin-Mitte liegt, von Maklern, Investoren und Wohnungsbauunternehmen „revolutioniert“, sprich, die Mieten steigen: Familien, die eine Wohnung mit vier Zimmern suchen, müssen über 15 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter auf den Tisch legen. Die einstigen Kneipen, die vielen Arbeitern als zweites Wohnzimmer dienten, sind heute Hipp-Cafés oder „In- und Szene-Kneipen“, die Latte macchiato, Champagner und Whisky anbieten statt Berliner Weisse mit Schuss. Die Gentrifizierung in den Städten krepelte die soziale Schicht in den Arbeitervierteln radikal um.

Die günstige und lebendige Wohnstruktur von Arbeit und Leben lockte Immobilien-Haie und Stadtplaner an, um die Viertel aufzuwerten, sprich mit Modernisierungen, Neubauten und Verteuerungen die einkommensschwachen Haushalte in die Vorstädte und weiter hinaus zu treiben. „Wir

müssen mit ansehen, wie Arbeiter und Angestellte aus den Großstädten vertrieben werden und weitere und damit längere und teurere Anfahrtswege zu ihrer Arbeit in Kauf nehmen müssen“, erklärt der Kölner DGB-Chef Witich Roßmann anlässlich des bundesweiten Aktions- und Protesttages für bezahlbaren Wohnraum. Verschärft wurde diese Situation in den letzten Jahrzehnten durch das Zurückfahren des sozialen Wohnungsbaus, die kurze Sozialbindung und den Verkauf kommunaler Wohnbestände. Nicht zuletzt wurde Baugrund dem freien Markt überlassen. Der Mietanteil im Haushaltseinkommen steigt. 79 Prozent der Menschen mit niedrigem Einkommen sehen in den teuren Mieten das Armutsrisiko.

Die Bundesregierung hat eine Mietpreisbremse eingeführt. Nun will das Innenministerium das staatliche Wohngeld erhöhen, den Bezieherkreis erweitern und eine automatische Anpassung im Zweijahresrhythmus einführen. Etwa 660.000 Haushalte, meist Renter und Familien, beziehen in Deutschland unterstützendes Wohngeld, dass nun im Schnitt um 30 Prozent steigen soll.



# Gemeinsam wirtschaften

Siedlergemeinschaft – gemeinsam leben und wohnen

**W**ohnungsnot ist kein neues Phänomen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fehlte es an Wohnungen. Statistisch gesehen lebten, ja drängten sich damals (1950) in jeder Wohnung mehr Menschen als vor dem Krieg. Die Städte waren stark zerstört, ein Drittel der Wohnungen unbewohnbar. Der Zuzug von Flüchtlingen aus den Ostgebieten belastete die Wohnungssituation zusätzlich. Viele lebten ohne Aussicht auf eine bezahlbare, bessere Wohnung. Sie mussten in der Übergangszeit in einem ärmlichen Quartier auf einem Bauernhof auf dem Land oder in der Stadt gar mit der ganzen Familie zur Untermiete in einem Zimmer einer Mietwohnung unterkommen.

„Wer ein eigenes Heim hat, helfe dem, der keines hat!“, lautete der Wahlspruch von Dr. Nikolaus Ehlen. Solidarität und Subsidiarität drücken sich in diesen Worten aus. Ehlen zog durch die Städte, vor allem in den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr, und warb für die Gründung von Selbsthilfe-Siedlergemeinschaften zur Errichtung familiengerechter Heime. Dabei ging es nicht nur um ein Dach über dem Kopf der Familie zu haben. Ziel der Siedlergemeinschaft war das gemeinschaftliche Bauen in Selbsthilfe. Der Stärkere hilft dem Schwachen und in der Gemeinschaft ist man stark. Die Gemeinschaftsselbsthilfe war die effektivste Selbsthilfe und der sicherste Weg zum eigenen Heim. Sie

begann schon beim Rohbau, da dort bereits hohe Selbsthilfeleistung zu erreichen war. In Gemeinschaftsselbsthilfe konnten bis 35 Prozent und mehr Baukosten eingespart werden. Auch bei technischen Gewerken und dem Innenausbau waren nach Fachanleitung durch konzessionierte Handwerker fast alle Arbeiten möglich. Allein in der Ruhrgebietsstadt Gladbeck gibt es 26 Siedlergemeinschaften, die sich im Verband Wohneigentum, ehemals Deutscher Siedlerbund, zusammengeschlossen haben und aktiv ihre Quartiere pflegen.

## Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand

Viele KAB-Vereine nutzten diese Möglichkeit oder gründeten sich, um in einer KAB-Siedlergemeinschaft Wohnraum zu schaffen. So etwa in der KAB St. Josef in Krefeld-Hüls. Gegründet 1954 mit dem Ziel Wohneigentum für Arbeitnehmer in der Seidenweberstadt zu schaffen, begann man 1956 mit dem Bau der KAB-Siedlung mit 24 Häusern. In den 1970er-Jahren wurden mit der KAB-Baugemeinschaft in zwei Phasen erneut 56 Häuser für Arbeitnehmerfamilien fertiggestellt. Ob die KAB Herz Jesu in Feldmark bei Wesel, St. Josef in Krefeld-Hüls oder die KAB Neukirchen-Vluyn, gemeinsames Bauen wurde

zum gemeinsamen Wohnen, zum gemeinsamen Wirtschaften und zum gemeinsamen sozialen Engagement vieler KAB-Vereine.

Die KAB St. Quirinius in Neukirchen-Vluyn besteht seit 47 Jahren. Das Ziel, Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, konnte die Siedlergemeinschaft für 127 Familien verwirklichen. Der jüngste Bauabschnitt wurde 2011 im Larfeldsweg fertiggestellt. Einer der Altvorderen in Sachen gemeinsames Bauen und Wohnen ist Gerhard Merkinger aus Neukirchen. Er hatte selbst in Neukirchen am Rand des Ruhrgebiets zwischen Moers und Kamp-Lintfort mit anderen gebaut. Entstanden ist das sogenannte Maler Viertel. Merkinger ist nicht nur Kontaktperson für neue Siedlergemeinschaften und Versichertenältester der Deutschen Rentenversicherung KBS, sondern auch Mitglied im Bundesvorstand des Ring Deutscher Siedler (RDS e.V.), der vor gut 72 Jahren von Nikolaus Ehlen gegründet wurde. Doch derzeit ist die Nachfrage eingebrochen. „Wir haben 4000 Flugblätter verteilt, doch kaum eine Antwort bekommen“, berichtet Merkinger. Er sieht den Grund in der Arbeitsüberlastung vieler Familien. „Da bleibt kaum noch Kraft und Engagement für die Selbsthilfe am Bau. Auch wenn über 40.000 Euro Baukosten eingespart werden können“.



# Regionale Verbundenheit stärken

Interview mit Dr. Michael Frehse, Abteilungsleiter Heimat im Innenministerium

Heimat ist da, wo man wohnt, lebt und sich wohlfühlt, Freunde hat, sich geborgen fühlt und ein Teil der Gemeinschaft ist. Doch dieses Gefühl geht immer mehr verloren. Nun hat die Bundesregierung ein Heimat-Ministerium geschaffen. KAB-Redakteur Matthias Rabbe fragte Dr. Michael Frehse, Abteilungsleiter im Referat für Grundsatzfragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration im Bundesinnenministerium, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt erreicht werden kann.

**KAB-Impuls: Herr Dr. Frehse, der Begriff „Heimat“ klingt etwas verstaubt. Welche Absicht steckt heute hinter dem Begriff „Heimat-Ministerium“?**

**DR. MICHAEL FREHSE:** Zunächst einmal: Heimat ist alles andere als altbacken. Laut einer repräsentativen Umfrage des Bundesinnenministeriums erachten 85 Prozent der Menschen in unserem Land den Heimatbegriff als wichtig oder sehr wichtig. Die Heimatpolitik der Bundesregierung hat mit Folklore und Brauchtumpflege wenig zu tun. Vielmehr verfolgt sie zwei klare Ziele: Zum einen setzen wir uns mit einer aktiven Strukturpolitik für gleichwertige Lebensverhältnisse in strukturschwachen Regionen ein, zum anderen wollen wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken.

**Impuls: Ist unsere Gesellschaft so gespalten, dass sie an ihren Zusammenhalt erinnert werden muss?**

**DR. FREHSE:** Die Lebenszufriedenheit hängt entscheidend davon ab, welche



Dr. Frehse im Gespräch. Foto: Rabbe

Chancen und Möglichkeiten im unmittelbaren Wohnumfeld vorhanden sind. Da gibt es in Deutschland große Unterschiede, zwischen den Regionen, aber auch innerhalb von Städten. Die vorhandenen Disparitäten schüren vielerorts Unzufriedenheit, die den inneren Zusammenhalt auf die Probe stellen. Darüber hinaus haben viele Menschen den Eindruck, von den rasanten Veränderungen unserer Zeit überrannt zu werden. Globalisierung, Digitalisierung und Migration sind Entwicklungen, die Verunsicherung hervorrufen können. Daher ist es wichtig, dass Menschen sich einer Gemeinschaft zugehörig fühlen. Das Ehrenamt nimmt hier eine wesentliche Rolle ein. Deswegen steht die Stärkung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements auch ganz oben auf unserer Agenda.

**Impuls: Unsere Gesellschaft ist pluralistisch aufgestellt. Hat die Regierung Angst davor, den Begriff „Multikulturell“ zu benutzen?**

**DR. FREHSE:** Wenn Gemeinschaften vielfältiger werden, sind die Fragen der Identität und der Identifikation mit unserem Land umso wichtiger. Die Antworten darauf müssen im Kernbereich des Zusammenlebens normativ verbindlich sein. Zu den unverrückbaren Werten zählen nicht nur die Grundrechte als Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern auch die Achtung und Wertschätzung der hier tradierten Lebensweise.

**Impuls: Wann fühlen sich die Menschen zu einer regionalen oder lokalen Gemeinschaft zugehörig? Und wie wollen Sie dies erreichen?**

**DR. FREHSE:** Um sich zugehörig fühlen zu können, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Beteiligung vorliegen. Wo es keine Beteiligungsmöglichkeit gibt, kann ich mich nicht als Bestandteil einer Gemeinschaft fühlen. Wir wollen vorhandene Strukturen, die regionale Verbunden-



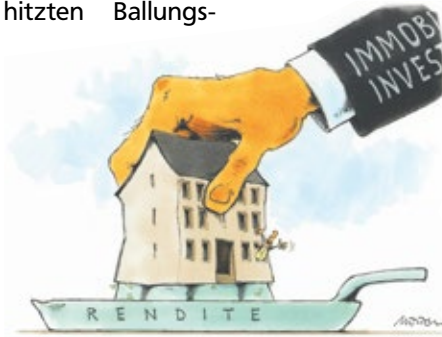
heit stärken sowie Traditionen, Werte und Kultur pflegen und fördern, erhalten. Dort, wo diese Strukturen fehlen oder geschwächt sind, wollen wir sie in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und den betroffenen Kommunen durch gezielte Maßnahmen wie Projekte und Förderprogramme stärken.

**Impuls: Besonders in den Städten gefährdet die Wohnungssituation die Heimat vieler Menschen. Immer mehr Menschen können sich die Mieten nicht mehr leisten. Was kann das Heimatministerium im Zusammenspiel mit anderen Ministerien erreichen?**

**DR. FREHSE:** Beim Wohngipfel im September haben wir die entscheidenden Weichen für diese Legislaturperiode gestellt: Bund, Länder und Kommunen haben gemeinsam ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Stärkung des Wohnungsneubaus und zur Sicherung bezahlbaren Wohnens auf den Tisch gelegt.

Es geht vor allem um drei Ziele. Erstens sollen in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden. Zweitens wollen wir die Mieter vor stärkeren Mieterhöhungen schützen. Und drittens sollen Geringverdiener bei den Wohnkosten entlastet werden. Die Rahmenbedingungen

für Wohnungsneubau waren noch nie so günstig: Die Bundesregierung stellt in dieser Legislaturperiode allein für den sozialen Wohnungsbau, das Baukindergeld, das Wohngeld und die auf Rekordniveau fortgeführte Städtebauförderung mehr als 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Hinzu kommen Überlegungen, durch Ausbau der Nahverkehrssysteme die überhitzten Ballungs-



gebiete zu entlasten und die Möglichkeit zu schaffen, im näheren und weiteren Umland ein schönes und günstiges Wohnumfeld zu schaffen. Dies würde zugleich die Landflucht dämmen und zur Belebung ländlicher Regionen führen.

**Impuls: Einen Aufschlag machte die Kohlekommission, um eine Region, wo wirtschaftliche Interessen gegen Bürgerinteressen stehen, zu befrieden. Ist dies ein Zukunftskonzept?**

**DR. FREHSE:** Die Kohlekommission ist ein gutes Beispiel für die Suche nach einem politischen und gesellschaftlichen Konsens. Unterm Strich hat sie ein gutes Ergebnis vorgelegt. Vor allem hat sie die Interessen der Kohlereviere in den Blick genommen und damit die Regionen, in denen solche Veränderungen am Ende abgefedert werden müssen. Strukturpolitik bedeutet hier vor allem Teilhabe. Es geht um Infrastruktur, um Erreichbarkeit, um Wirtschaft, Bildung und Arbeit.

Wir müssen Wertschöpfung in strukturschwachen Gebieten neu aufbauen. Nur dann haben die Regionen eine Zukunft. Das kann der Staat nicht alleine, aber er kann den Rahmen und investive Impulse setzen. Die Kohlekommission hat insofern viele nützliche Empfehlungen erarbeitet, welche strukturpolitischen Ansätze der Bund zur Unterstützung der Regionen leisten kann. Insofern kann der Bericht auch als eine Blaupause für andere strukturschwache Regionen in Deutschland herangezogen werden. Langfristig ist es unser Ziel, transparente Strukturentwicklungskriterien zu schaffen und in einem gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen und Kommunen festzuschreiben.

## Die Welt als Stadt

**D**ie Entwicklung der modernen Megastädte wird in der Arbeitshilfe „ÜberLebensRaum STADT – Die Verstädterung der Welt gestalten“ behandelt. Die Broschüre, die von der KAB-Stiftung ZASS herausgegeben wird, befasst sich in vielen Beiträgen mit den unterschiedlichsten Aspekten von Stadtentwicklungen. Schon heute leben mehr als die Hälfte der neun Milliarden Menschen in Städten. Dies führt zu neuen Formen von Kultur, religiösem Zusammenleben und auch neuen Formen der Armut. „Wie sollen diese Städte der Zukunft, von denen die Hälfte noch nicht existiert, aussehen? Wie können sie so gestaltet sein, dass sie lebenswert sind für alle Bewohner?“ fragt Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer des katholischen Hilfswerks Misereor.

**Mehr Infos: [mechthild.hartmann-schaefers@zass.de](mailto:mechthild.hartmann-schaefers@zass.de)**

## Ausstellung Stadt

**D**ie KAB-Stiftung „Zukunft der Arbeit und sozialen Sicherheit“ (ZASS) hat sich dem Thema „ÜberLebensRaum STADT“ gemeinsam mit Misereor und der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) in einer Ausstellung künstlerisch auseinandergesetzt. Neben den künstlerischen Exponaten, die sich mit der weltweiten Überbevölkerung von Mega-Städten befasste, wurden in Diskussionsrunden und -foren auch der Frage nachgegangen: „Wie sieht in unserer Gemeinde lebendige Nachbarschaft aus? Begleitet wurde die Ausstellung, die vom 17. März bis 7. April in der Kunst- und Kulturkirche Erpho in Münster zu sehen war, mit Lesungen zu „Stadtgeschichten“ und Stadtextkursionen im Erpho Viertel.



# Gemeinsam und bewusst leben



Die Gemeinschaftsküche bietet allen Bewohner\*innen Raum für Begegnung und Austausch.

**M**an wohnt in einem Haus, lebt aber in einem Dorf, in einer Straße oder einem Stadtteil. Als vor gut zehn Jahren ein ganzes Dorf bei Kreßberg nahe Stuttgart im Internet zum Kauf angeboten wurde, hat sich eine zwanzigköpfige Initiative entschlossen, das ungewöhnliche Objekt mit einem Schlösschen, einem ehemaligen Altenheim und einer Behinderteneinrichtung auf dem 32 Hektar großen Areal für 1,5 Millionen Euro zu erwerben. Die Gruppe hatte sich bereits seit 2007 mit dem Anspruch gemeinschaftlich, nachhaltig, vielfältig und nicht zuletzt in einer offenen Kommunikationsstruktur zusammen zu wohnen und zu leben, in München gegründet.

Mittlerweile 150 Menschen zwischen 9 und 70 Jahren mit unterschiedlichen Berufen, unterschiedlichster Sozialisation und unterschiedlichem Familienstand wohnen in Tempelhof in engster Gemeinschaft. Da ist die 64-jährige Mitbegründerin Agnes Schuster, die nicht auf einem Bänkchen im Altersheim beschäftigt werden will, sondern auf einem Bänkchen mit vielen Kindern und Jugendlichen herum sich selbst einbringen will. Eine Familie wollen sie auch nicht sein, zu fest sind da die Strukturen und oft auch das

Schweigen über Probleme. In der Tempelhofer Solidargemeinschaft soll alles auf den Tisch kommen: Probleme und Ängste oder Freude und Lust, die zu jedem Menschen gehören.

## Gemeinsamer Einsatz fürs Wir

Einer der Bewohner ist Simon Harhues. Der Sohn der KAB-Bildungsreferentin der KAB im Bistum Münster, Ortrud Harhues, hat bereits WG-Erfahrungen. Als Simon eine Stelle im zehn Kilometer entfernten Crailsheim angeboten bekommt, überlegte er sich, wo und wie er wohnen und leben will. „Mir war es wichtig, mit anderen Menschen bewusst zusammen zu leben, ich finde das viel interessanter als alleine zu wohnen“, erzählt er. Anfangs als „helfender Gast“ lernt er das Leben in der „Dorfgemeinschaft Tempelhof“ kennen und entschied sich für das gemeinschaftliches Leben. Gemeinsam mit einem Vater und dessen zwei Töchtern wohnt er in einer kleinen WG und bezieht ein 20 Quadratmeter großes Zimmer.

Andere, wie die 40-jährige Simone Specht, wohnen in einer Jurte, wiederum andere

in Bauwagen. Ziel ist es, Flächen zu schonen und Versiegelung von Boden zu vermeiden. Es wird restauriert und umgewandelt oder provisorische Jurten, Pavillons oder Bauwagen aufgestellt. Toiletten im Gemeinschaftsbau, um den sich die Provisorien kreisförmig aufgestellt haben.

Gemeinschaft ist auch das Schlüsselwort für alle, die hier wohnen. Jeder und jede bringt beim Eintritt in die Genossenschaft 32.000 Euro ein, Kinder natürlich frei. Ein monatlicher Solidarbeitrag deckt den Rest ab. „Für Miete und Lebensmittel, primär aus der eigenen ökologischen Landwirtschaft, inklusive Kochleistung, zahle ich derzeit monatlich ungefähr 770 Euro“, erklärt Simon Harhues. Mit der Miete kann er drei Mahlzeiten am Tag im Speisesaal einnehmen und sich sieben Tage die Woche aus der eigenen Küche bekochen lassen. „Natürlich kann ich mir auch mein eigenes Essen aus den eigenen Lebensmitteln zubereiten.“ Das ganze Dorf wird zur Wohnung. Mittelpunkt ist die gemeinsame Mahlzeit. Darüber hinaus gibt es viele gemeinschaftliche Aktivitäten und für den einzelnen Gemeinschaftsaufgaben. „Meine Zeit und Wissen bringe ich für die Betreuung der IT Systeme ein“, berichtet Simon.

Festgelegt sind die Spielregeln des Zusammenlebens. „Verbindender Hintergrund unserer Vision ist der ge-



Mit 300 Euro unterstützte die IG Metall das Schulprojekt. In der Mitte Simon Harhues. Fotos: Tempelhof



meinschaftliche Einsatz für das Wir, um für jeden Beteiligten einen Raum zu gestalten, in dem er seine persönlichen geistig-spirituellen und praktischen Wege gehen kann.“ Dazu gehört eine besondere Kommunikations- und Beziehungskultur, die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gemeinschaft, die Umsetzung einer nachhaltigen Lebensweise und eine ökonomische Transformation hin zu einem solidarischen Wirtschaften. Viele Lebensmittel werden auf dem

eigenen Acker produziert. Die basisdemokratische Gemeinschaft Tempelhof ist Teil des Globalen Ökodorf-Netzwerk Europa, deren Mitglieder Ideen und Informationen, beim Transfer von Technologien und die Entwicklung von kulturellen und pädagogischen Konzepten austauschen.

In Tempelhof steht derzeit die Errichtung einer „Schule für freie Entfaltung“ für die über 50 Kinder der Gemeinschaft auf dem Plan. Auch Simon Harhues setzt sich in seinem Betrieb

bei Bosch in Crailsheim für die Realisierung ein. Vor einem Jahr konnte er die IG Metall überzeugen, für „Gemeinsam für ein gutes Leben“ 300 Euro zu spenden. „Gerade durch die freie Schule ist der Tempelhof insbesondere für Familien mit Kindern ein interessanter Ort“, erklärt Harhues, das gemeinsame Leben für Familien als Chance für Entlastung sieht, da viel Raum für die Kinder und Angebote für die Eltern vorhanden sind.

## KAB-Projekt belebt Innenstadt

„**H** Heimat“ ist aktuell das große Schlagwort, gleich hinter Digitalisierung. Wenn es um die Entwicklung ländlicher aber auch städtischer Räume geht, sind die Heimatministerien gefragt. Ziel der mittlerweile auch auf Bundesebene angesiedelten Heimatministerien ist der Ausbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts, gleichwertige Lebensverhältnisse, Zugang zur Daseinsvorsorge sowie Raumordnung und Raumplanung voranzutreiben, um Städte, Dörfer und Regionen attraktiver zu machen.

Dies fällt besonders schwer in Grenzgebieten wie im Landkreis Cham an der tschechischen Grenze. So wirbt die gut 6.800 Einwohnerstadt Waldmünchen mit einem neuen Image-Film als lebendige Kleinstadt im Herzen Bayerns und Europas. Das Stadtbild wird durch die Wiederbelebung des „Gasthauses Kamm“ oder „Dirrmaler Wirt“, wie er im Volksmund genannt wird, aufgewertet und auch Leerstand beseitigt. Der Zweckverband Jugendhaus, bestehend aus Stadt Waldmünchen und Landkreis Cham, saniert das denkmalgeschützte Objekt mit Hilfe finanzieller Mittel des Kultusministeriums und des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Beleben wird das Gebäude, das zukünftig den Namen „Bildungszentrum für Umweltbildung“ tragen soll, die KAB/CAJ-Jugend-



Bürgermeister Markus Ackermann zeigt das Modell des Gasthauses Kamm. Foto: Petra Schoplocher

bildungsstätte Waldmünchen. In den oberen Stockwerken finden sich dann moderne Seminarräume für Projektarbeiten und die Seminararbeit, vorwiegend im Bereich Umweltbildung.

### Bürgerschaftliche Öffnung

Früher als „Flascherl-Schenke“ bezeichnet, soll der Charakter der ehemaligen Wirtshausstube beibehalten werden. Mit dem Konzept „Bürgertreff am Böhmertor“ verfolgt die Jugendbildungsstätte Waldmünchen auch ein Konzept zur bürgerschaftlichen Öffnung dieses traditionsreichen Gebäudes. Soziale Integration sei das Stichwort. Bei Veranstaltungsreihen für „Jedermann“, Themenabende mit Persönlichkeiten der regionalen

Öffentlichkeit, Erzähl-Cafés, deutsch-tschechischen Familienkreisen mit Sprachanimationen, Mitmach-Galerien oder den Biker\*innen-Stammtischen steht stets der Zusammenhalt der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen, losgelöst von Herkunft, Einkommen und Religion, im Vordergrund.

Eingebettet ist die Jugendbildungsstätte Waldmünchen, als Betriebs-träger des Bildungszent-

rums, in ein regionales Netzwerk, das gemeinsam einen wertvollen Beitrag leistet, um das Innenstadtleben noch bunter und vielfältiger zu gestalten.

Schon jetzt ist die Jugendbildungsstätte mit den Bildungsbereichen berufliche Bildung, Medienpädagogik, Umweltbildung, Jugendarbeit, gesellschaftspolitische Bildung, Tage der Orientierung und Klassenmobil breit aufgestellt. Die knapp 30.000 Übernachtungen pro Jahr teilen sich zur Hälfte auf Belegungen von Gästen und zur anderen Hälfte auf eigens organisierte Maßnahmen auf. Dazu ist die Planung, Durchführung und Nachbereitung von ca. 180 Seminaren pro Kalenderjahr nötig.

# Gemeinsam ein Europa für alle

KAB beteiligt sich an Europa-Kundgebungen – Wichtige Europawahl



Zu einem gemeinsamen und sozialen Europa gibt es keine Alternative. Darin waren sich die italienischen Arbeiterbewegung ACLI und die KAB Deutschlands einig.

„Wir lehnen das Erstarken von Nationalismen genauso ab wie politische Tendenzen, die versuchen, den einheitlichen Willen in Europa zu schwächen“, erklären die christlichen Arbeitnehmerverbände. „Aus diesem Grund lehnen wir jeden Rückzug aus dem Multilateralismus ab: Eine offene und auf Arbeit gegründete Gesellschaft ist die beste Garantie für eine gute Entwicklung und Zukunft“, so die Unterzeichner Roberto Rossini, Präsident der ACLI International, Maria Etl, KAB-Bundesvorsitzende, und Guiseppa Tabbi für die ACLI Germania.



Im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament am 26. Mai hatten ACLI und KAB gemeinsam einen Aufruf gegen nationalistische Tendenzen und für ein soziales und gerechtes Europa gestartet und am Kölner Dom gemeinsam mit Frauen und Männern aus der KAB und der ACLI sowie Passanten die Europahymne „Freude schöner Götterfunken ...“ angestimmt. Teilnehmer\*innen an dem musikalischen Flashmob hefteten Europasterne mit ihren Wünschen nach Frieden, Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich, Solidarität und Gemeinsamkeit an ein verbindendes Seil.

## Ein(t) Europa

Viele Hundert Frauen und Männer aus der KAB beteiligten sich auch an dem zivilgesellschaftlichen Aufruf

„Ein Europa für alle!“ in Stuttgart, Frankfurt, München, Berlin und Köln, um für eine hohe Wahlbeteiligung an den Europawahlen zu werben. Mit dem Transparent „Ein(t) Europa – Sozial! – Gerecht! – Solidarisch!“ setzten viele Diözesanverbände ein klares Zeichen bei den Demonstrationen, an denen über hunderttausend Menschen in sieben deutschen und vielen anderen europäischen Städten teilnahmen.

Das zivilgesellschaftliche Bündnis, dem sich die KAB Deutschlands anschloss, forderte den Erhalt der Demokratie, den Schutz der Menschenrechte, die ökologische Transformation der Wirtschaft. „Statt Privatisierung, Deregulierung und neoliberale Handelsabkommen voranzutreiben“, müsse ein Gegengewicht zu Konzernmacht entstehen, das das „Recht auf Bildung, Wohnen, medizinische Versorgung und soziale Absicherung“ für alle Menschen in Europa garantiere.



# KABarett „Geld.Macht.Angst.“ sorgt immer für volles Haus

**O** b Bamberg, Münster, Schweinfurt, Kassel, Mönchengladbach oder Kleinostheim, der Kabarettist Lutz von Rosenberg Lipinsky führt auf kabarettistischer Weise seinem Publikum die vielen Fassetten der Angst vor Augen, die in unserer analogen und digitalen Lebens- und Arbeitswelt auf uns warten. Sein sprühender Wortwitz und seine ach so menschlichen Anekdoten aus dem Alltagsleben mit Ehefrau, pubertierenden Kindern und einer anhänglichen Verwandtschaft halten den Zuschauer\*innen nicht nur einen Spiegel vor, sondern lösen mit Humor auch mögliche Ängste vor Zukunft und Digitalisierung. Der auch aus dem Fernsehen bekannte Kabarettist, der für die KAB Deutschlands derzeit mit seinem Programm „Geld.Macht.Angst.“ viele Pfarrheime und Veranstaltungssäle füllt, schafft es, in wenigen Minuten das Publikum zu begeistern.

## Angst-Thema strapaziert die Lachmuskeln

Sein Programm zeigt: Die Welt ist in Aufruhr: Es gibt immer mehr Geld.



Immer wieder begeistert Lutz von Rosenberg Lipinsky das KAB-Publikum.  
Foto: Rabbe

Aber für immer weniger Menschen. Und, als wenn das nicht reiche, soll es nun auch noch weniger Arbeit geben – das macht Angst. Werden wir nichts mehr zu tun haben? Oder wird Bedingung für ein Grundeinkommen sein, dass wir nach wie vor morgens das Haus verlassen? Aber wovon werden wir leben, wenn Computer und Roboter uns ersetzen? Die Vermehrung des Geldes wurde zum Selbstzweck. Gleichzeitig verarmen wir in vielerlei Hinsicht. Wir fühlen uns bedroht wie selten zuvor: Ein Schreck

jagt den nächsten, ein Angstzustand löst den anderen. Finanzkrise, Klimawandel, Zuwanderung, Digitalisierung: Allüberall sind die Bürger besorgt. Das Wetter wird immer schlechter und das Leben immer teurer. Da hilft nur eins: über sich selbst und die Angst aus voller Seele zu lachen. Lutz von Rosenberg Lipinsky schafft es immer wieder, nicht nur Frauen und Männer aus der KAB zu begeistern. Jede Veranstaltung ist gut besucht.

## Auftritt buchen – KABarett live erleben

Vereine können den Künstler für einen Auftritt in ihren Pfarrsaal direkt buchen. Plakate und Werbematerial stellt die KAB Deutschlands zur Verfügung. Bei Interesse können sich Vereine, Kreis- und Diözesanverbände direkt an die KAB Deutschlands (Telefon: 02 21 77 22-126 oder mechthild.hunold@kab.de) wenden.

# Abgehobene Eliten?

## Arbeiterherkunft sozialisiert Manager

Die da oben. Doch wer sind die DAX-Manager und wie denken die? Die deutschen Eliten leben abgeschottet von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, das prägt wichtige Entscheidungen. Die Folgen sind Rechtspopulismus und eine gefährdete Demokratie, warnt der Darmstädter Soziologe Prof. Dr. Michael Hartmann. IMPULS-Mitarbeiter Thomas Gesterkamp sprach mit dem Soziologen über „Die Abgehobenen“, wie das gleichlautende Buch von Prof. Dr. Hartmann heißt.



Scheinbare Eliten beim Treffen in Davos

Foto: dpa

### KAB-Impuls: Wer agiert in Deutschland besonders abgehoben?

**MICHAEL HARTMANN:** Die wirtschaftliche Elite war immer die abgehobenste, weil sie in puncto Einkommen und Vermögen am weitesten vom Durchschnitt entfernt war. Wenn heute das Vorstandsmitglied eines DAX-Konzerns das 50- bis 70-Fache dessen verdient, was seine Beschäftigten bekommen, so ist die Kluft vier- bis fünfmal so groß wie bis Mitte der 1990er-Jahre. Eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so krasse Entwicklung lässt sich bei den Geschäftsführern privater und öffentlicher Unternehmen beobachten, bei den Vorsitzenden von Ärztekammern und Krankenkassen oder bei den Inten-

danten und Chefredakteuren der großen Medien. Sie alle liegen mit ihren Verdiensten heute zwischen 200.000 und über einer Million Euro. Die politische Elite kommt zwar auch auf monatliche Einkommen von mindestens 10.000 Euro, liegt damit aber deutlich unter den Einkommen in der Wirtschaft.

### Impuls: Sie betonen die Bedeutung der eigenen Herkunft. Warum ist die so wichtig?

**MICHAEL HARTMANN:** Die Herkunft prägt die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Wissenschaftlich belegen lässt sich das durch eine Studie, die wir 2012 durchgeführt haben. Damals haben wir die Personen befragt, die die

1.000 wichtigsten Machtpositionen in Deutschland besetzen. Das Resultat war eindeutig. Die wenigen Arbeiterkinder hatten eine erheblich größere Sensibilität für soziale Ungerechtigkeit als die Bürgerkinder. Je reicher und wohlhabender jemand aufgewachsen war, umso weniger empfand er soziale Ungleichheit als Problem. Am deutlichsten waren die Unterschiede, wenn es um höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen ging. Während Arbeiterkinder selbst unter den Topmanagern mehrheitlich dafür waren, waren die Elitenangehörigen, die in reichen Familien groß geworden waren, mit überwältigender Mehrheit dagegen. Vor diesem Hintergrund ist die Annahme berechtigt, dass die Zusammensetzung der Elite Einfluss hat auf das politische Handeln.



### Impuls: Wieso gefährden abgehobene Eliten die Demokratie?

**MICHAEL HARTMANN:** Der Rechtspopulismus verdankt seinen Aufschwung ganz eindeutig der neoliberalen Politik, die von den Eliten in den letzten Jahrzehnten betrieben worden ist. Vor allem die Einkommensverluste in der unteren Hälfte der Bevölkerung bei gleichzeitig massivem Einkommenszuwachs am oberen Ende haben ihm den Boden bereitet. Das schürt Wut und Angst.

### Impuls: US-Präsident Trump präsentiert sich als Anwalt der einfachen Leute, ist aber selbst Milliardär. Warum funktioniert das?

**MICHAEL HARTMANN:** Weil er sich als Gegner des Establishments präsentieren kann. Er ist unter seinesgleichen ein Außenseiter, er spricht nicht wie sie und verhält sich auch nicht so. Das macht ihn populär, obwohl seine Politik vorwiegend zugunsten der Reichen ausfällt.

### Impuls: Gilt Ihre Kritik an der Abgehobenheit des Führungspersonals auch für linke und linksliberale Parteien?

**MICHAEL HARTMANN:** Für die meisten dieser Parteien gilt das. Der Sozialist Hollande war ein typischer Vertreter des französischen Systems der Elitebildung, auch die Mehrheit der Spitzenpolitiker unter Blair, Clinton oder Obama war bürgerlicher Herkunft und zählte zu den Wohlhabenden oder gar Reichen des Landes. Bei der SPD stammen aktuell drei ihrer vier Ministerpräsidenten im Westen und drei ihrer sechs Kabinettsmitglieder im Bund aus Akademiker- oder Unternehmerfamilien. Nur der Bremer Bürgermeister kommt noch aus der Arbeiterschaft.

### Impuls: Was muss sich ändern?

**MICHAEL HARTMANN:** Lösungen gehen nur über die Politik, wo die breite Bevölkerung noch am meisten Einfluss nehmen kann. Der Schul-Hype Anfang 2017 hat gezeigt, wie schnell sich Menschen erreichen lassen, wenn ein wirklicher Wandel winkt. Leider hat sich das als Luftblase erwiesen und die Enttäuschung war nachher umso größer, wie der rapide Niedergang der SPD zeigt. Eine Partei, die wie Labour in Großbritannien ernsthaft bereit ist, das neoliberale Konzept über Bord zu werfen, kann relativ schnell Erfolge erzielen. Es braucht

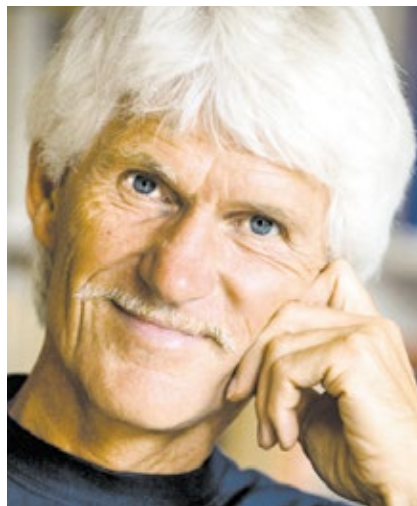


Foto: Sven Ehlers

Prof. Dr. Michael Hartmann

ein klares Signal für eine grundlegende Veränderung und gleichzeitig eine massiv veränderte soziale Rekrutierung der Spitzenpolitiker. Im Schattenkabinett von Jeremy Corbyn kommt jeder Zweite aus der Arbeiterschicht und nur ein Fünftel aus den oberen vier Prozent der Bevölkerung. Auf einer Privatschule war ein einziger von 25, alle anderen sind auf öffentliche Schulen gegangen. Das ist ein radikaler Bruch mit der Tradition der letzten vier Jahrzehnte. So lassen sich Menschen gewinnen und begeistern, vor allem die jüngeren.

## Vom Wasser lernen

Nicht erst seit dem letzten trockenen Sommer wissen wir, was Wassermangel bedeutet. Der Grundwasserspiegel sinkt, die Ernte vertrocknet und immer häufiger tauchen Tierarten auf, die eher im Süden Europas vorkommen, und umgekehrt sterben heimische Arten aus. Ohne Wasser gibt es kein Leben. Die KAB-Stiftung ZASS, Misereor und die Katholische Erwachsenenbildung haben für die Bildungsarbeit im Verband eine „Wasserkiste“ bereitgestellt, in der Informationen zum Wasser, Anregungen für Diskussionen, erprobte Methoden und Inspiration für die Bildungsarbeit rund um das „Überlebensmittel Wasser“ für Gruppenarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Die „Wasserkiste“ ist für 12,95 Euro, eine weitere Arbeitshilfe für 5 Euro bei der MVG Mediengesellschaft (Boxgraben 73, 52064 Aachen, [bestellung@eine-welt-shop.de](mailto:bestellung@eine-welt-shop.de)) zu bestellen. Weitere Infos unter [www.misereor-medien.de](http://www.misereor-medien.de)

## Die Welt im Veedel

Der Kölner Arbeitskreis „Eine Welt im Veedel“ betont, dass gesellschaftliche Veränderungen lokal, regional und auch global vor Ort, im Veedel, beginnen. Für sein Engagement erhält der Arbeitskreis den entwicklungspolitischen Preis „Augenhöhe – Solidarität weltweit“ des Erzbistums Köln und Misereor. „Unsere Welt ist ein globales Dorf geworden. Eine „Welt im Veedel“ lädt ein zum wertschätzenden Umgang mit allen Nachbarn, ob sie in Afrika, Südamerika oder im Veedel leben. Nachhaltig Nachbarschaft pflegen, heißt für uns, Verbindungen schaffen, sich um gesellschaftliche, politische, ökonomische und ökologische Zusammenhänge kümmern, sie bewerten und entsprechend handeln“, so der Verein. Ehrenamtliches Engagement in den örtlichen Pfarrgemeinden unterstützt den fairen und regionalen Handel, sorgt für Schul- und Berufsausbildung für Mädchen in Partnerländern und schafft ein Zusammenleben im Viertel.

# Kampf für gerechten Handel



Es ist ein beispielloser Erfolg der KAB im Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart. Binnen eines Jahres konnte die Petition über 110.000 Unterstützer in Uganda und in Deutschland mobilisieren, die sich öffentlich gegen das EU-Wirtschaftsabkommen (EPA) und für einen fairen Handel mit den ostafrikanischen Ländern aussprachen.

Markt in Afrika, Foto: Erlenkötter

„**A**frika braucht einen eigenen Binnenmarkt für die eigene wirtschaftliche Entwicklung, die Einfuhr subventionierter EU-Agrarprodukte in die ostafrikanischen Länder wie Uganda, Kongo, Kenia oder Tansania zerstören regionale Märkte“, erklärte Petitions-Initiator Peter Niedergesäss bei der Übergabe der Unterschriften an Entwicklungsminister Gerd Müller in Berlin. Statt die afrikanischen Märkte zu stärken, führe die von der EU angestrebte Zollfreiheit zur Zerstörung der afrikanischen Märkte und damit zu Armut und Hunger. „Ansonsten sind immer mehr Menschen gezwungen, die Flucht vor Hunger und Elend anzutreten“, betonte Niedergesäss. „Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass sich Afrika selbst versorgen kann. Das Potenzial, das Wissen und die Technologie sind vorhanden. Wir brauchen in den Dörfern bessere Anbaumethoden, eine funkti-

onierende Energieversorgung, angepasste Erntemaschinen, damit afrikanische Produkte, was Preis und Qualität angeht, international mithalten können. Das würde auch den Handel zwischen den afrikanischen Ländern beleben“, erklärte Bundesminister Müller.

## Fluchtursachen bekämpfen: faire Handelsverträge für Ostafrika

Afrika-Experte Peter Niedergesäss sieht dies dennoch anders als der Entwicklungsminister. Die KAB Rottenburg-Stuttgart will daher die begonnene Kampagne „Fluchtursachen bekämpfen – Faire Handelsverträge mit Ostafrika“ fortsetzen. „Wir fordern nach wie vor den Stopp des unfairen Handelsvertrags und werden nach den Europawahlen das Gespräch mit dem neuen Handelskommissar und Parla-

mentsausschuss suchen“, betonte Niedergesäss.

Die KAB Rottenburg-Stuttgart konnte auch deutsche Unternehmen gewinnen, die sich für die Petition einsetzen. Statt ein durch EU-Subventionen und Überproduktion hergestelltes Milchpulver in afrikanische Länder billig zu verkaufen, sollte die Einfuhr von meist gentechnisch verändertem Übersee-Soja als Futter für Milchkühe in Deutschland gestoppt werden, meint Bernhard Pointner, Geschäftsführer der Milchwerke-Genossenschaft Berchtesgadener Land Chiemgau. Neben der Einfuhrproblematik führe die Überproduktion durch die in der Milchwirtschaft anfallende Gülle zur Verunreinigung des hiesigen Grundwassers. „Faire Preise hier wie dort sorgen für Nachhaltigkeit und weltweit faire Handelsbeziehungen“, so Pointner. „Wir sind dankbar, dass es Unternehmen gibt, die sich an diesen unfai-





Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär, Peter Niedergesäss, KAB-Diözesansekretär, Gerd Müller, Bundesentwicklungsminister und KAB-Referentin Susanne Lutz bei der Übergabe der Petition. Foto: KAB

ren Handelspraktiken nicht beteiligen und unsere Petition mit unterzeichnen. Besonders schön, dass es solche sind, die seit Jahren einen fairen Handel mit fairen Erzeugerpreisen hier bei uns im globalen Norden fördern“, erklärt Niedergesäss. So hat die Berchtesgadener Milch-Genossenschaft gerade erst den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2019 für Unternehmen mittlerer Größe gewonnen.

### Uganda unterstützt KAB-Petition

Mit über 110.000 Unterschriften aus Uganda und Deutschland sprechen sich die KAB Deutschlands und die ugandische Partnerbewegung gegen das sogenannte EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den ostafrikanischen Ländern aus. Ugandas Präsident Museveni wurde beauftragt, Nachverhandlungen mit der EU zu führen. Für die Länder bedeutet dies ein Haushaltsschock, da durch den Wegfall der Zölle wichtige Einnahmen des Staates direkt wegfallen. Allein für Uganda werden Zollverluste in Höhe von 597 Millionen US-Dollar erwartet, für Tansania sogar ein Verlust an Zolleinnahmen in Höhe von 970 Millionen US-Dollar. Somit stehen den Ländern auch weniger Mittel für Gesundheit und Bildung zur Verfügung. Die Regierungen haben immer weniger Möglichkeiten, ihre Wirtschaft zu schützen und zu fördern.

Zu befürchten sind auch mit dem Wirtschaftsabkommen, dass die Wechselkurse sinken, da die afrikanischen Staaten nur schwer mit der Wirtschaft der EU konkurrieren können.

Das Freihandelsabkommen EPA betrifft zudem nicht nur Zölle, sondern auch Produktionsstandards und -normen sowie Lizenzen und Handelsabkommen mit Drittländern. Auch werden Fragen der Menschenrechte und der Umwelt in dem Abkommen behandelt.

### Afrika-Leitlinien stehen im Gegensatz zu EU-Freihandelsabkommen

Entwicklungsminister Gerd Müller verwies im Gespräch mit der KAB auf die aktuell verabschiedeten Afrika-Leitlinien. „Wir müssen Strukturen in den Ländern Afrikas, Ostafrikas aufbauen, die mehr Produktivität und Fortschritt in der Landwirtschaft ermöglichen, damit eine Wertschöpfung auch vor Ort gelingt, die den betroffenen Menschen zugutekommt. EU-Exporte dürfen diese Strukturen nicht verhindern“, erklärte Entwicklungsminister Gerd Müller, der gleichzeitig von den afrikanischen Regierungen erwartet, dass diese an dem Aufbau der Strukturen mitarbeiten.

Afrika-Experte Niedergesäss zeigte sich dennoch skeptisch. „Die Afrika-Leitlinien der Bundesregierung ste-

hen im direkten Gegensatz zu den unfairen EU-Freihandelsabkommen, die die afrikanischen Märkte gefährden“. So werde in Kamerun der Joghurt mit EU-subventioniertem Milchpulver billiger produziert, als mit der heimischen Milch und in Ghana zerstörten die von der Europäischen Union subventionierten Geflügelprodukte aus Deutschland und anderen EU-Ländern den lokalen Markt. „Mit der bewussten Zerstörung der heimischen Märkte in den ärmsten Ländern Afrikas wird die Lebensgrundlage vieler Menschen in Kauf genommen. Wir müssen mit einer Vertiefung der Armut in vielen afrikanischen Ländern, nicht nur in Ostafrika, rechnen“, befürchtet Niedergesäss.

Das Gespräch mit Bundesentwicklungsminister Gerd Müller finden Sie als Video unter: [www.kab-drs.de](http://www.kab-drs.de)

## CETA: Kritik an EuGH

Kritik an der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu den Investitionsschiedsgerichten äußerte KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. „Mit dem Urteil zum Freihandelsabkommen CETA wird eine Paralleljustiz für Konzerne errichtet.“ Die im Handels- und Investitionsabkommen der EU mit Kanada (CETA) vorgesehenen Sonderklagerechte für Investoren (Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit) sind mit dem EU-Recht vereinbar, entschieden die Richter vom EuGH. „Ausländische Konzerne können künftig Staaten vor privaten, nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen, wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinnerwartungen schmälern, befürchtet die KAB. Freihandelsabkommen setzten einseitig auf Wachstum und Profit (siehe auch Beitrag Seite 27).

## DV ESSEN

## Greta Thunberg ist Mahnung an alle

**BOTTROP/ESSEN.** Zur diesjährigen 25. Jubiläum der Karfreitagswallfahrt auf der Halde Prosper-Haniel in Bottrop konnte nicht nur der KAB-Diözesanverband viele Pilger begrüßen. Bei schönstem Frühlingswetter mahnte der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck die über 2500 teilnehmenden Gläubigen zur ökologischen Umkehr. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur und eine Änderung „unseres Lebensstils“ sei dringend notwendig, erklärte der Ruhrbischof. Overbeck betonte: „Es braucht heute eine ökologische Umkehr.“ Diese fange im Kleinen des Alltags an und gehe beim Umgang mit den wichtigen Aufgaben weiter.

Bei der Ökologie des Alltagslebens, beim Gemeinwohl und der generationsübergreifenden Gerechtigkeit sei manches „in der Tat zum Weinen. Oft geschieht zu wenig, oft nichts“, beklagte der Ruhrbischof in seiner Predigt. Das Engagement und der Einsatz der schwedischen Umwelt- und Klimaaktivistin Greta Thunberg bezeichnete Overbeck als wichtige Mahnung an alle und stellte den Prozessionsteilnehmer\*innen die Frage: Tun wir genug für den Erhalt der Schöpfung?

Sind wir solidarisch mit den Generationen, die nach uns kommen? Nach dem Ende des Steinkohlebergbaus im Dezember letzten Jahres hat man sich für den Erhalt des Haldenkreuzwegs im vergangenen Sommer der Verein „Karfreitagskreuzweg auf der Halde e.V.“ konstituiert. Das Bistum Essen, die RAG-Stiftung, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung des Bistums sowie die Stadtdechanten aus Bottrop und Oberhausen sorgen mit diesem Verein auch in Zukunft dafür, dass die Gläubigen an Karfreitag den Kreuzweg bis zum Gipfelkreuz gehen und den Gottesdienst feiern können.

Die 15 Kreuzwegstationen, die von der verstorbenen Künstlerin und Ordensfrau Tisa von der Schulenburg (Schwester Paula), dem Oberhausener Künstler Adolf Radecki und Auszubildenden des Bergwerks Prosper-Haniel geschaffen wurden, gelten als einzigartig in ihrer Art und Präsentation. Jede Station besteht aus einer Kupfertafel mit je einer Darstellung der Leidensgeschichte Christi und einem Element aus der Arbeitswelt des Bergbaus. Ergänzt werden sie durch Schrifttafeln mit Aussagen bekannter Persönlichkeiten der Kirche.



## DV AUGSBURG

## Sonntagsgedanke



**WEILHEIM.** Beim Gedankenaustausch mit dem Landtagsabgeordneten der CSU für den Kreis Landsberg, Alex Dorow (siehe Foto), machten KAB-Sekretärin Petra Reiter und KAB-Diözesanvorsitzender Lothar Roser auf den Einsatz der KAB für den arbeitsfreien Sonntag in Bayern und Deutschland aufmerksam. Grund dafür ist die derzeitige Diskussion der CSU- und FW-Landtagsfraktion, den Sonntagschutz drastisch zu lockern. „Es ist meine tiefste Überzeugung, dass der Sonntag der Familie, den Arbeitnehmern, aber vor allem dem Herrn gehöre.“ Alex Dorow meinte weiter, die Politik dürfe in keinem Fall einer Aufweichung der Sonntagsruhe nachgeben.

## DV HILDESHEIM

## Kindereinkommen

**PEINE.** Mit einem Kindergrundeinkommen von 628 Euro pro Monat will der KAB-Diözesanverband Hildesheim die Armut von Kindern in Deutschland beseitigen. Grundlage ist ein soziokulturelles Existenzminimum, das Kindern die Teilhabe an Schule und Gesellschaft ohne Vorbedingungen ermöglicht. KAB-Präses Pater Ernst-Willi Paulus sieht in einem Kindergrundeinkommen ein existenzielles Menschenrecht, das man sich nicht erst verdienen muss, sondern von Gott gegeben ist.



## LAG BAYERN

## Sonntagsschutz: Wortbruch in Bayern

**MÜNCHEN.** Noch vor der Landtagswahl 2013 unterschrieb Hubert Aiwanger einen Sonntagskontrakt mit der Bayerischen Allianz für den freien Sonntag. Als Abgeordneter des Bayerischen Landtags wollte sich der Freie Wähler für den arbeitsfreien Sonntag und gegen das Ausufern der Ladenschlusszeiten einsetzen. Direkt nach der Landtagswahl 2018 sprach er sich für den Sonntagsschutz aus, doch als



Noch vor einem Jahr überreichte die Sonntagsallianz Hubert Aiwanger ein Sonntags-T-Shirt.

bayerischer Wirtschaftsminister will der FW-Politiker von dem einstigen schriftlichen Versprechen nichts mehr wissen. Heute redet er der Wirtschaft das Wort und will den Anlassbezug bei der Bewilligung der Sonntagsöffnung streichen lassen. „Hier begeht ein Minister Wortbruch auf dem Rücken der vielen tausend Beschäftigten im Einzelhandel des Freistaates Bayern“, erklärt Erwin Helmer, Betriebsseel-

sorger und KAB-Mitglied im bayerischen Bündnis „Allianz für den freien Sonntag“. Dies sieht auch der DGB und ver.di in Bayern genauso. Auch das Landeskomitee der Katholiken in Bayern hat sich ebenfalls einstimmig zum Sonntagsschutz positioniert und damit gegen die Ideen von Wirtschaftsminister Aiwanger gestellt. KAB-Landespräsident Franz Schollerer und KAB-Landesvorsitzende Erna-Kathrein

Groll hatten das Anliegen unterstützt. Die evangelische Landeskirche und das Erzbistum München-Freising zeigten sich erstaunt, dass Aiwanger mit seinen Sonntagsplänen kein Gespräch mit den Kirchen gesucht habe. Beide Kirchen betonten, dass der Schutz von Sonn- und Feiertagen ein hohes, verfassungsrechtlich geschütztes Gut sei. Allein ökonomische Interessen würden nicht ausreichen, um Marktsonntage als Ausnahmen des Sonntagsschutzes zu rechtfertigen. Bereits auf den Mai-Kundgebungen hatten die Gewerkschaften gegen Aiwangers Pläne protestiert. Die Allianz für den freien Sonntag startet Anfang Mai mit Postkarten eine Mobilisierungskampagne.

## DV PASSAU

## Ehrung



**PASSAU.** Frauenrechte, Sonntagschutz, Gleichstellung, Mitbestimmung, die Integration von Flüchtlingsfamilien, die ehrenamtliche Arbeit in der Pfarrei, ihr Engagement für „ihren“ Kindergarten und nicht zuletzt die KAB sind Angelika Görmiller (siehe Foto) immer ein wichtiges Anliegen. Für diesen Einsatz hat der Passauer Bischof Dr. Stephan Oster dem KAB-Bundesausschuss-Mitglied Angelika Görmiller die Stephanus-Plakette verliehen. Der Einsatz für die KAB wurde ihr in die Wiege gelegt, denn ihr Vater, Dieter Görmiller, war der erste KAB-Sekretär, der in der Diözese Passau seine Arbeit aufnahm. Landespräsident Franz Schollerer und Ortspfarrer Michael Hüttner überreichten ihr stellvertretend die Auszeichnung.

## DV WÜRZBURG

## Ratschlag zur Arbeitswelt 4.0

„Folgen der Digitalisierung müssen gesellschaftlich gelöst werden“, meint Harald Mantel vom KAB-Bildungswerk Würzburg. Beim „Diözesanen Ratschlag Digitalisierung“ suchten 50 Vertreter\*innen aus Gewerkschaften, Kirchen und Wissenschaft nach Lösungen für eine Arbeitswelt 4.0. Michael J. Bauch, Betriebsrat und KAB-Mitglied aus dem Klinikum Würzburg-Mitte, berichtete, dass die Digitalisierung die Kranken-

häuser voll erreicht hat. So wurde die Verweildauer von Patient\*innen aufgrund digitaler OP-Technik deutlich gesenkt. Gleichzeitig müssen Pflegekräfte mehr Patienten in der gleichen Zeit pflegen. „Pflegekräfte leiden unter der enormen Arbeitsverdichtung“, so Bauch. Mit sechs Forderungen richtet sich die KAB Würzburg an Politik und Gesellschaft. So wird eine faire Verteilung der Digitalisierungsgewinne und

die Umbau des Steuersystems gefordert. Jegliche Arbeit, ob Erwerbs-, Pflege-, Familien- oder Gemeinwohlarbeit, müsse zu einem würdigen Auskommen führen. Neben einer verpflichtenden Arbeitszeiterfassung müsse ein zeitnaher Abbau der Überstunden sowie ein freier Sonntag ermöglicht werden. Zudem soll es ein Recht für Arbeitnehmer auf Nichterreichbarkeit und ein Zugang zu kostenlosem Internet geben. (A.K.)

## Fasten für Hilfsaktion

**MÜNCHEN-TRUDERING.** Gleich drei KAB-Vereine in München-Trudering haben sich an der Hilfsaktion „Fasten für Tisch und Tafel“ beteiligt. Die Lebensmittelpenden kommen zu hundert Prozent bei den Betroffenen an. „Würden Sie hungrigen Nachbarn nicht helfen, wenn Sie könnten“, hatte Wolfgang Jungwirth, Vorsitzender der KAB St. Franz Xaver und Organisator der Aktion, beim Start gefragt. Die Antworten kamen prompt und waren erfreulich. Viele Münchener aus dem Stadtteil waren sofort bereit, ihren Nachbarn mit Lebensmitteln zu helfen.

## Schul-Tafeln für Ranzen

**RÜSSELSHEIM.** Seit vielen Jahren organisiert die KAB St. Josef in Rüsselsheim das traditionelle Fasten-Essen, das in den 1960er-Jahren gestartet wurde. Gut 100 Essen stehen bereit, um mit einer Spende beglichen zu werden. Mit dem Erlös, so Harald Gesswein von der KAB, unterstützen wir verschiedene Gruppierungen. In diesem Jahr wurde das Projekt „Schul-Tafel“ unterstützt, mit denen Schulranzen für Kinder aus bedürftigen Familien finanziert werden.

## Glaube baut Brücken

**OSNABRÜCK.** Den Austausch zwischen Katholiken und Muslimen haben die KAB-Senioren im Bezirk Osnabrück intensiviert. Nachdem die Gruppe in 2017 die bosnische Gruppe der Saraj-Bosna Moscheegemeinde in Osnabrück besucht hatte, fand jetzt der Gegenbesuch in Hagen am Teutoburger Wald in der St.-Martinus-Gemeinde statt. Mit Interesse verfolgten die 20 muslimischen Gäste die Heilige Messe, mit der in den Begegnungstag gestartet wurde.

Margret Obermeyer beantwortete beim gemütlichen Gesprächsaustausch alle Fragen zum Gottesdienst, der Fastenzeit, den unterschiedlichen Gottesvorstellungen und natürlich zum sozialen Engagement der KAB

und der katholischen Kirche. Für die KAB-Senioren, die aus dem ganzen Osnabrücker Raum von Hollage bis Glandorf angereist waren, und die Muslime, die unter der Leitung von Imam Suljakovic mit Jung und Alt aus Osnabrück gekommen waren, war der Austausch über Glaube und Religion eine gelungene Brücke zu einem weiteren Miteinander.

## Sigrid Beier tritt ab



**BORKEN / SÜDLOHN.** Nach 18 Jahren hat Sigrid Beier aus Vreden den Vorsitz der KAB im Bezirk Borken an Norbert Uhling abgegeben.

Der 50-jährige Uhling wurde auf dem Bezirkstag mit großer Mehrheit gewählt. Unterstützt wird er von Christel Kleingunnewyck, Diakon Christoph Hesse und Gertrud Verholt. Beier hatte vor Jahren als erste Frau den Vorsitz im Bezirk übernommen und sich für die Sache der KAB intensiv eingesetzt. Im Bundesausschuss leitete sie häufig das Präsidium. Für ihren Einsatz im Bezirk erhielt sie die Ketteler-Plakette, die auch an den Bürgerbusverein Südlohn-Ording verliehen wurde.

## Öko-Kompetenz bei der KAB

**HEIDECK / EICHSTÄTT.** Bernd Grünauer ist nicht nur Diakon und KAB-Kreispräsident, als Umweltingenieur ist er auch Klimamanager in der Diözese Eichstätt. Seine Aufgaben stellte Grünauer auf Einladung der KAB Heideck einem breiten Publikum vor. Als Klimamanager ist er seit 2014 Mittler zwischen Pfarreien, Ämtern und Diözesanverwaltungen und wirbt für die Erhöhung des Ökostromanteils in den Gemeinden. So ist derzeit der Anteil an Ökostrom in den 467 Kirchenstiftungen bei 52 Prozent.

## Fünf Jahre Kino

**TAUFKIRCHEN.** Die Idee, mit Film und Diskussionen zu erreichen, hatte die KAB Taufkirchen vor fünf Jahren. Seitdem organisiert die KAB jeden Monat einen spannenden Kinoabend ohne Happy End, aber mit viel Informationen. Ob zu Solarenergie oder Biolebensmittel, zum Film gab es anschließend immer auch Diskussionen mit Regisseuren oder Verantwortlichen. So konnte die KAB Taufkirchen auch viele Menschen erreichen, die nicht im Verein organisiert sind.

## Fair: Gegen Rassismus



kes in Olpe. So ist er seit vielen Jahren Anlaufstelle für asylsuchende und bedürftige Personen. In Kreisen der Hilfesuchenden hat sich rumgesprochen, dass der Leiter Josef Brüser und seine Teamleiterin Martina Mayer für die geflüchteten Menschen auch immer ein offenes Ohr haben. „Dass wir in diesem Land geboren sind, ist nicht unser Verdienst, sondern ist einfach nur Glück“, betont Josef Brüser. Aufnahme statt Ausgrenzung, denn es geht um den Menschen. Und der ist vor dem Gesetz gleich, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion. Der Fairkaufladen des KAB Ketteler-Cardijn-Werkes bedankt sich bei allen Sponserinnen und Spendern für ihre tatkräftige Unterstützung.

**OLPE.** Hinschauen, statt wegschauen, zuhören, helfen, wo Hilfe benötigt wird. Mensch sein dürfen. Versorgen. Sorgen. Für einander und gemeinsam. Praktiziert wird dieses im „Fairkaufladen“ des KAB Ketteler-Cardijn-Werkes



## Lohnungleichheit gefordert



**MÜNSTER/KÖLN/TRIER/NÜRNBERG/HILDESHEIM.** Mit vielen Aktionen haben Frauen in der KAB Deutschlands am Equal-Pay-Day und am Weltfrauentag auf die strukturelle Ungerechtigkeit gegenüber Frauen national wie international aufmerksam gemacht. „In ganz Europa werden Frauen, die in gleichen Positionen wie Männer arbeiten, nach wie vor schlechter bezahlt“, erklärte Silvia Scharfenberg, Diözesanvorsitzende der KAB im Bistum Hildesheim. Sie forderte Strafen für die Unternehmen bei Lohnungerechtigkeit.

In Köln hatte die KAB gemeinsam mit der kfd und dem BDKJ unter dem Motto „Damit keine Träume platzen!“ Frauen aufgerufen, einen Monat lang Fotos ihrer Träume vom gerechten Erwerbsleben ins Internet zu stellen. In Münster haben KAB-Frauen im Alexianer-Haus ihre Forderung nach Gleichberechtigung und Zulassung von Frauen in kirchliche Weiheämter auf Stoffplanen gestickt und vor dem Dom befestigt.

Für eine stärkere Vernetzung und gewerkschaftliche Organisation der Frauen sprach sich die Eichstädter KAB-Diözesanvorsitzende Angelika Liepold in Nürnberg aus. „Nur ein hoher Organisationsgrad sorgt für Durchschlagskraft bei der Lohngerechtigkeit“. Das bundesweite Motto „Wertsache Arbeit“ stand auch beim Equal-Pay-Day in Trier auf dem Programm, an dem sich die KAB Mitte März beteiligte, um auf die Lohnlücke aufmerksam zu machen.

## Kreuzweg will hinschauen

**HEILBRONN.** Schwarze Kreuze hatten sich einige Teilnehmer des traditionellen Kreuzwegs der KAB Heilbronn und der Betriebsseelsorge ins Gesicht gemalt und trugen das Holzkreuz durch die Innenstadt. Unter dem Thema „Kreuzweg unseres Lebens – in Blick nehmen“ erinnerten die Teilnehmer daran, dass Gewalt und Unrecht in unmittelbarer Nähe stattfindet. „Oft sehen wir diese Menschen nicht und ihre Leidensgeschichte. Doch mit dem Kreuzweg wollen wir diese Kreuze in den Blick nehmen und klar benennen“, erklärte Mitinitiator Joachim Kühner von der KAB. An den verschiedenen Stationen wurde an sexuelle Gewalt, unfaire Arbeitsbedingungen und Missstände in der Pflege erinnert und gebetet.

Anzeige



[www.ergo.de/  
vereine-und-  
-verbaende](http://www.ergo.de/vereine-und-verbaende)

## Ein gutes Gefühl, vorgesehen zu haben.

Als Mitglied der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

- Sterbegeld Vorsorge Plus
- Pflegerenten-Risikoversicherung
- Unfall-Vorsorge mit Notfallhilfe
- Rechtsschutzversicherung



**Haben Sie Interesse?**

**Dann wenden Sie sich an uns:**

ERGO Beratung und Vertrieb AG

Verbandsmanagement

Überseering 45, 22297 Hamburg

Tel 0800 3746-925

# ERGO

## Kettelerpreis für Solidarität



KÖLN/ERFURT.

Der Begriff „Solidarität“ ist neben den Begriffen Subsidiarität, Personalität und Nachhaltigkeit nicht nur wichtiger Bestandteil der Katholischen Soziallehre. Solidarität ist Herz und Kitt einer sozialen Gesellschaft. Dies gilt auch am Arbeitsplatz, wo Zeitdruck, Arbeitsverdichtung und Angst vor dem Arbeitsplatzverlust die Kolleg\*innen immer stärker beanspruchen. Die KAB-Stiftung Zukunft der Arbeit und sozialen Sicherung (ZASS) hat daher den diesjährigen Kettelerpreis in Höhe von 5.000 Euro unter das Thema Solidarität gestellt. „Engagiert für Solidarität im Arbeitsleben!“, so das Motto, für das sich Personen, Projekte und Initiativen, die sich aktiv für die Solidarität im Arbeitsleben engagieren, bewerben konnten. **Die Verleihung des Kettelerpreises findet am 30. November 2019 in der Brunnenkirche in Erfurt statt.**

## KAB präsentierte Inklusions-Band



„Baustelle Leben!“ ist die Jubiläumstour von „Carpe Diem Unerhört“ überschrieben.

„Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt“, erklärte das Geinsheimer KAB-Mitglied Willi Bücken und erklärt, dass sich die KAB besonders für jene einsetzt, die am Rand stehen. Dass davon jeder etwas hat, unterstrich die Rock- und Pop-Formation „Carpe Diem Unerhört“, die der KAB-Diözesanverband Speyer nach Geinsheim eingeladen hatte. Vor ausverkaufter Halle präsentierten sich die zwölf Musiker der Reha-Westpfalz, Abteilung Tagesförderstätte, mit und ohne Beeinträchtigung mit bester Spiellaune. Mit Liedern von Clueso, Purple Schulz, aber auch eigenen Kompositionen, sorgte die Inklusions-

Band mit dem Motto „Baustelle Leben – Mit Behinderungen ist zu rechnen“ für ein begeisterndes zweieinhalbstündiges Konzert.

„Mit ansprechenden und tiefgründigen Liedtexten ließen uns einige Bandmitglieder an ihren Wünschen und Sehnsüchten teilhaben. Ein sehr emotionales Konzert mit vielen tollen Texten lauteten die Stimmen nach dem gelungenen Abend“, berichtet KAB-Diözesanvorsitzender Kurt Freudenreich. In diesem Jahr feiert die Band ihr 25-jähriges Jubiläum mit weiteren Konzerten in Kusel, Ramstein, Brücken und Kaiserslautern.

### Anzeigen

**Gruppenreisen für 2019/20**  
**Urlaub im schönen Naturpark Neckartal-Odenwald**  
 69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfriesenstr.11  
 Hotel & Pension

**Schwanheimer Hof**

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- und Seniorenreisen. Durch die zentrale Lage von Schwanheim ist unser Haus ein idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt.  
 Alle Zimmer mit Dusche/WC/Fön und TV, überwiegend mit Balkon.  
**Gruppenpreis 2019 ab 30 Personen ab 7 Tage: Ü/HP ab 39,- €** pro Person/Tag im DZ inkl. Begrüßungstrunk, reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Gern senden wir Ihnen unser Prospekt oder unser spezielles **Frühjahrs - Gruppenangebot**.  
 Claudia Eckelmann - Friß · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · [www.schwanheimerhof.de](http://www.schwanheimerhof.de)

**Traumhafte Tage im bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe**

- ein Haus mit besonders hohem Freizeitwert

- gemütliche Komfortzimmer
- Wahlmenüs m. regionalen Produkten, Salatbuffet
- Frühstücksbuffet m. hausgem. Köstlichkeiten
- neue großzügige Bäderlandschaft mit Saunen und Ruheoasen zum Wohlfühlen
- Massage & Kosmetiksalon
- Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl- der Höhepunkt Ihrer Reise
- 2 Kegelbahnen, Tanzbar
- Zentrale Lage für Ausflugsfahrten nach Passau, Österreich oder in den Böhmerwald usw.
- **BUCHEN SIE RECHTZEITIG FÜR 2020**

**7 Tage ab 329,- € HP/p. P.**

**ROMANTIK POSTHOTEL**  
 Fam. Dafinger · 94133 Röhnbach · Marktplatz 1  
 Tel. + 49 (0) 85 82 - 80 88

[www.romantik-posthotel.de](http://www.romantik-posthotel.de)

**Seniorengeeignet - Barrierefrei - gruppeneeignet**  
 Lift-Hallenbad 30° - Wellness - Sauna - Dampfbad - Kegeln

Panoramalage, **staatl. anerk. Erholungsort**. 90 km Wanderwege, Biergarten, alle Zi. Flachdusche/WC/TV/Fön/Safe/WLAN, Freiplätze, Livemusik, Reiseleitung, Film-, Bingo-, Grillabende u. m. , **Beste Ausflugsmöglichkeiten**. Viele EZ möglich. Prospekt anfordern.

**HP ab 47,- inkl. Wellness**  
 Kurtaxe & Programm

**Landhotel Spessartruh, Familie Freitag, [www.landhotel-spessartruh.de](http://www.landhotel-spessartruh.de)**  
 Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach, Tel. 09355-7443, Fax -7300



# Verband will neue Wege bei der Mitgliederwerbung gehen



Mitgliederwerbung in einer Arbeitswelt 4.0.  
Entwurf der Agentur für eine plakative Mitgliederwerbung.

Mit eindeutiger Mehrheit haben die Delegierten des KAB-Bundesausschusses sich im Rahmen der Kampagne zur Mitgliederwerbung für die Firma „steinrücke + ich gmbh“ entschieden. Die Agentur wird die KAB darin unterstützen und begleiten, engagierte Christinnen und Christen als neue Mitglieder für die KAB zu gewinnen. Agentur-Geschäftsführerin Veronika Steinrücke führte den Dele-

gierten vor Augen, dass die Herkulesaufgabe einer erfolgreichen Mitgliederwerbung nur gemeinsam und mit allen Ebenen des Verbandes, von der Orts- bis zur Bundesebene, zu erreichen sei. Steinrücke stellte ein Konzept vor und verschiedene Produktlinien, mit denen in den Diözesanverbänden gearbeitet werden soll. Ein Schwerpunkt bei der Profilbildung der KAB und der Ansprache neuer

Mitglieder werden christliche Werte in der Arbeitswelt spielen. Seit Beginn des Jahres arbeitet bereits eine Steuerungsgruppe mit diözesanen Vertretern an der strategischen Ausrichtung der Kampagne. Damit die Kampagne eine breite Wirkung erzielen kann, hat sich unter der Projektleitung von KAB-Referent Wilfried Wienen eine Gruppe von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit je zwei Verantwortlichen aus den Diözesen gebildet. Ein erstes bundesweites Treffen, wo erste Umsetzungsschritte erarbeitet werden, wird am 25. Mai in Frankfurt stattfinden.

Gemeinsam wollen wir die Mitgliederzahlen in der KAB aus dem Negativtrend herausholen und möglichst viele neue Mitglieder hinzugewinnen, erklärte Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann beim KAB-Bundesausschuss. Auch Bundesvorsitzende Maria Etl ermunterte die Delegierten, die wichtige Mitgliederwerbekampagne mit Herzblut für die Sache und für die KAB anzugehen, ein „Geht nicht, gibt es nicht!“

**Wilfried Wienen**

Anzeige

**Fortbildung**  
**Organisations- und Konfliktcoach**

Ausbildungslehrgang  
**Zertifizierte/r Mediator/in**

Jetzt anmelden!  
Start im September 2019



insbesondere für Engagierte  
in Verbänden und Vereinen



**Fordern Sie bitte die Unterlagen an:**  
**kifas** gemeinnützige GmbH  
 KAB-INSTITUT FÜR FORTBILDUNG & ANGEWANDTE SOZIALETHIK  
 Hofgartenstraße 2      Tel. 09972/9414-60      info@kifas.org  
 93449 Waldmünchen      Fax 09972/9414-65      www.kifas.org

**QEST**  
ZERTIFIZIERT

# KAB für Mindestlohn von 13,69 Euro

## Andreas Luttmer-Bensmann: stärkere Kontrollen beim Mindestlohn notwendig

Für einen Mindestlohn von 13,69 Euro Brutto pro Arbeitsstunde hat sich die KAB Deutschlands ausgesprochen. Im Rahmen des KAB-Bundesausschusses haben sich die Delegierten aufgrund der Lohnentwicklung und der Arbeitsmarktdaten für eine Anhebung ausgesprochen. Die KAB-Forderung liegt damit 4,50 Euro pro Stunde höher als der derzeitige Mindestlohn von 9,19 Euro. „Arbeit darf nicht zu Armut führen“, fordert KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann.

resbericht ausgewiesen, dass die Zahl der Verstöße gegen das Mindestlohngesetz inzwischen von 1.316 Fällen im Jahr 2015 auf 6.220 Fälle im letzten Jahr angestiegen ist. Davon waren über 2.740 Fälle, in denen die Arbeitgeber Mindestlohnunterschreitungen begangen haben. „Es wird Zeit, dass der Mindestlohn nicht nur armutsfest gemacht wird, sondern auch jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer diesen auch erhält“, betont der KAB-Bundesvorsitzende. Die KAB fordert den Ausbau und strengere Kontrollen.

### Verstöße gegen Mindestlohngesetz steigen auf über 6.000 Fälle in 2018

Gleichzeitig fordert die KAB Deutschlands schärfere Kontrollen seitens des Zolls gegen das Unterlaufen der Mindestlohnregelungen. „Es ist ein Skandal, dass immer mehr Arbeitgeber und Unternehmer den gesetzlichen Mindestlohn den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorenthalten“, so Luttmer-Bensmann. So hat der Zoll in seinem jüngsten Jah-

Anzeige

### Soziales Europa:

### verbindliche Regelungen für einen EU-Mindestlohn

Die KAB Deutschlands setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass verbindliche Mindestlohnregelungen für einen Mindestlohn in allen EU-Staaten eingeführt werden. Es müsse endlich Schluss sein mit Lohndumping und Ausbeutung in Deutschland und den anderen EU-Ländern“, fordert der katholische Sozialverband.

# PASSIONSSPIELE ERL 2019

Die Bürger des Tiroler Ortes Erl bringen 2019 erneut „ihr“ Passionsspiel auf die Bühne! Sie erfüllen somit den Eid aus der Pestzeit 1613 zur „Verkündigung der christlichen Botschaft des Friedens“.

So werden auch 2019 wieder 600 Laiendarsteller bei den Aufführungen mitwirken! Auf unserer Reise übernachten Sie in Maurach am Achensee und erleben von hier aus die Passionsspiele, große Sehenswürdigkeiten und die Berglandschaften des Karwendel- & Rofangebirges im Herzen der Alpen.



Hamburger Str. 1 • 41540 Dormagen  
E-Mail: info@kettelerferienwerk.de

02133 - 26 22 05

www.kettelerreisen.de



Inkl. Passionsspielkarten • Wohlfühl-Hotel | alle Ausflüge etc.

## 8 Tage-Reisen | 01. - 08.07.2019 & 18. - 25.08.2019

- Busanreise im modernen Reisebus
- 7x Übern./Frühstücksbuffet im Hotel Rotspitz (3\*) in Maurach
- 6x 3-Gang-Abendessen & Salatbuffet
- 1x Gala-Diner mit Zithermusik
- **Eintritt Passionsspiele Erl (Kat. I)**
- Ausflugs- & Besichtigungsprogramm
- Schifffahrt auf dem Achensee
- sachk. Reiseleitung ab/bis Rheinland
- Reiserücktrittskostenversicherung • Reiseunterlagen • Insolvenzversicherung • 24-h-Notruf-Nummer u.v.m.

Fahrt im Reisebus mit diversen Zustiegen in NRW und entlang der A3

Das HOTEL ROTSPITZ (3\*) liegt in Maurach/Achensee. Alle Zimmer sind mit Bad o. DU/WC, Tel., TV etc. ausgestattet. Es verfügt über einen Lift, Restaurant, Rezeption, Terrasse.

p.P. im DZ **975**  
Zuschlag Einzelzimmer **140**  
Ermäßigung **KAB-Mitglieder** **25**



# Sri Lanka: Arbeiterbewegung organisiert Selbsthilfe



Nicht erst mit den jüngsten grausamen Terroranschlägen auf christliche Kirchen am Ostersonntag wird das 20-Millionen-Volk Sri Lankas, das sich aus Buddhisten, Hinduisten, Muslimen und Christen zusammenfügt, immer wieder von Katastrophen und Kriegen heimgesucht.

Trauer um die Opfer vom Osteranschlag in Sri-Lanka. Foto: dpa

„Wir sind immer noch betroffen von dem Ausmaß des „Terrors“, berichtet Mitbegründer der CWM-Partnerschaft und Sprecher des Arbeitskreises „Internationale Solidarität“, Franz Josef Nordhaus. Über zweihundert Menschen starben. Weltnotwerk-Geschäftsführer Norbert Steiner erhielt direkt nach dem Anschlag eine Meldung von der Partnerbewegung CWM.

Auch ethnisch hat der asiatische Inselstaat ein breites Spektrum von Gruppen. Die Singhalesen machen den größten Teil der Bevölkerung aus. Die Tamilen stellen die größte Minderheit, zu der auch die indigene Bevölkerung Sri Lankas, die Veddas, gehört. Nach dem über dreißigjährigen Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen, hat die Christliche Arbeiterbewegung zusammen mit der Kirche in den ehemaligen Kriegsgebieten Gemeinden aufgesucht, um unterdrückte Gemeindemitglieder zu unterstützen. Meist sind es Frauen



und Jugendliche ethnischer Minderheiten, die zu den Ärmsten der Landbevölkerung gehören, und Kleinfischer, die vom Fischfang leben. Zugute kam es, dass die Christliche Arbeiterbewegung Sri Lankas (CWM) bereits langjährige Erfahrungen als Arbeiterorganisation hat. Trotz harter Rückschläge, wie die Folgen des Tsunamis Weihnachten 2004, wo Hunderttausende starben und Tausende ihre Existenz verloren, hat die CWM an der Unterstützung von Fischern und ihren Familien festgehalten und mit Aufbauprogrammen geholfen. Auch Hilfs- und Bildungsmaßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen und Wanderarbeiter hatten Erfolg. Heute sind sie unabhängig und können wirtschaftlich allein zurechtkommen.

## Existenzsicherung im ehemaligen Kriegsgebiet

Um die Aufbauarbeit zu verstetigen, bildet die CWM aktuell Multiplikatoren und Projektleiter aus. Sie sollen die von Armut und Ausgrenzung Betroffenen ansprechen und ihnen eine politische Stimme geben, damit sie für ihre Rechte selbst eintreten können. Mittlerweile hat sich durch die langjährige Arbeit vor Ort ein starkes Netzwerk zu staatlichen Regierungsinstitutionen gebildet, das die Arbeit er-



leichtert. „Bisher wurden die Armen gesellschaftlich ausgegrenzt. Mit unserer Arbeit und Schulung konnten wir erreichen, dass sie anerkannt werden“, so ein CWM-Vertreter. Denn organisiert in einer Fischereigenossenschaft sind sie ein wichtiger Marktpartner geworden. Mittlerweile gibt die CWM sogar eine eigene Zeitung heraus, um die Mitglieder und Fischer zu informieren.

Aktuell arbeitet die CWM im Musali-Gebiet, einem Department im Norden des Inselstaates, mit 150 Familien

zusammen. Auch hier konzentriert sich das Aufbauprogramm auf Frauen, Kinder und Jugendliche, um für die betroffenen Familien eine Existenzgrundlage zu schaffen und finanzielle und soziale Stabilität in dem ehemaligen Kriegsgebiet zu erreichen. Mit dem Aufbau einer Montessori-Schule soll Kindern der Zugang zu Bildung ermöglicht werden. Und auch hier richten sich spezielle Berufsbildungsprogramme speziell an Jugendliche und Frauen, um deren Lebenssituation zu verbessern. Ergänzend werden den Menschen vor Ort zurückzahlbare Kleinredite gegeben, um kleine Unternehmen zu gründen und somit ein Auskommen für ihre Familien zu ermöglichen.

### Arbeitsmigranten über Rechte aufklären

Gleichzeitig klärt die CWM in Workshops Wanderarbeiter über ihre Rechte auf und plant eine Vermittlungsarbeit zwischen Wanderarbeitern, deren Familien und dem Auslandsarbeitsamt. Denn gerade sie sind es, die mit ihrer Arbeit in anderen Ländern nicht nur ihre Familien ernähren, sondern auch Devisen ins Land bringen. Ihre Devisen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für den Inselstaat.

**Mehr Infos zum Projekt unter [www.weltnotwerk.org](http://www.weltnotwerk.org)**

## WBCA und KAB zum „Tag der Arbeit“

### Katholische Arbeitnehmer-Bewegung fordert Mindestlohnregelung für Europa

**E**xistenzsichernde Löhne und Mitbestimmung auch in der digitalen Arbeitswelt forderten die KAB Deutschlands und die Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer (WBCA) gemeinsam zum Tag der Arbeit. „Weltweit haben Millionen von Menschen keine Arbeit, um sich und ihre Familien zu ernähren. Automatisierung und Digitalisierung dürfen nicht zum Ausschluss von Millionen Menschen führen. Weltweit sind 60 Prozent im informellen Sektor beschäftigt: ohne soziale Absicherung, ohne Arbeitsrechte und bei schlechter Entlohnung“, so der Aufruf.

Auf den Mai-Kundgebungen hatte die KAB sich für eine EU-weite Regelung eines Mindestlohns eingesetzt. „Europa – Jetzt aber richtig!“ lautete das bundesweite Motto.

In München hatte KAB-Diözesanvorsitzender Hannes Kreller sich für den Umbau Europas hin zu einer „Sozialunion“ ausgesprochen. Atypi-



sche Beschäftigungsverhältnisse entgrenzten die Arbeitszeiten. „Die EU-Arbeitszeitrichtlinie muss überarbeitet und der Sonntag als Regelruhetag geschützt werden“, so Kreller.

Bereits am Vorabend des „Tag der Arbeit“ hatte der Mainzer KAB-Diözesanvorsitzende Hans-Peter Greiner auf die Veränderungen in der Ar-

beitswelt hingewiesen, die nicht mehr den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Auch der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf mahnte: „Der Mensch muss die Entwicklung gestalten, die Technik dient ihm, nicht er der Technik und dem Fortschritt.“ In Stuttgart marschierten viele KABler zur Kundgebung am Schloßplatz.



# Bundesverfassungsgericht gefordert

## CETA-Kritiker sieht im EuGH-Urteil zu Schiedsgerichten große Probleme

Millionen von Menschen sind in den letzten Jahren gegen TTIP, CETA und Co. auf die Straße gegangen und auch seit Ende Januar haben bereits wieder über 550.000 Menschen in ganz Europa per Unterschrift gegen die umstrittenen Investitionsschiedsgerichte protestiert. Sie kritisieren, dass diese Gremien demokratisch beschlossene Gesetze und Entscheidungen Kanadas, der EU oder ihrer Mitgliedstaaten zum Anlass nehmen können, den Investoren der jeweils anderen Seite möglicherweise milliardenschwere Entschädigungen zuzusprechen, und zwar ohne dabei zugleich unsere demokratische Verfassung insgesamt, mit ihren umfangreichen Grundrechten für uns alle, zu berücksichtigen. Das Recht der Investoren auf ihren avisierten Gewinn wird über alles andere gesetzt, auch über die Menschenrechte.

Trotzdem hat der EuGH Ende April entschieden, dass das alles in Ordnung sei, jedenfalls bei CETA. Damit richten sich die Blicke jetzt auf das Bundesverfassungsgericht, das ebenfalls noch über CETA urteilen wird – ebenso wie über die kürzlich ratifizierten, vergleichbaren Abkommen mit Japan (JEFTA) und Singapur (EUSFTA). Und:

Dabei geht es keineswegs ‚nur‘ um den Investitionsschutz – denn darüber hinaus halten CETA und Co. durchaus noch weitere Sargnägeln für unsere Demokratie bereit. Zum einen sorgen sie, anders als klassische Freihandelsverträge, dafür, dass nicht nur Zölle abgebaut werden, sondern auch alles andere, das aus der Freihandelsperspektive als Handelshemmnis erscheint, insbesondere sämtliche öffentlichen Dienstleistungen bis hin zu den sozialen Sicherungssystemen und jede Art der Regulierung der Wirtschaft, etwa zum Schutz der Umwelt, der Arbeitnehmer oder der Verbraucher. Zahlreiche Bestimmungen beschränken deshalb den entsprechenden Handlungsspielraum unserer demokratisch gewählten Politikerinnen und Politiker von der Kommune bis zum Europäischen Parlament, und letztlich also uns alle als den demokratischen Souverän.

### Verfassungsklagen von mutigen Bürger\*innen

Doch es gibt auch knallharte, und weit weniger bekannte, institutionelle Einschränkungen: Neu geschaffene, übergeordnete „Ausschüsse“ können jeweils den gesamten Vertrag mit all seinen oft sehr vagen Bestimmungen

**Dr. Thomas Köller** ist Diplom-Sozialwissenschaftler und hat in Staatswissenschaften promoviert.



verbindlich auslegen. Sie können ihn in Teilen sogar ändern und ergänzen und sind dabei keineswegs auf untergeordnete, technische Fragen beschränkt. Ihre Beschlüsse sind völkerrechtlich und nach EU-Recht strikt verbindlich und umzusetzen, selbst wenn dies neue, vom Bundestag zu beschließende Gesetze verlangt. Dabei entscheiden sie selbst ohne Beteiligung irgendeines Parlaments und auch die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sitzen nur am Katzentisch.

Zum Glück aber gab und gibt es aufmerksame Bürgerinnen und Bürger, die entsprechende Verfassungsklagen gegen CETA, JEFTA und EUSFTA eingereicht haben oder in diesen Tagen einreichen. Es bleibt zu hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht mutiger gegen die Aushebelung unserer Demokratie einschreiten wird, als es der EuGH getan hat.

**Dr. Thomas Köller**



**Endlich  
Hoffnung geben.  
Ihre Spende hilft!**

**Weltnotwerk** der KAB Deutschlands e.V.  
Bernhard-Letterhaus-Straße 26 • 50670 Köln  
Info@weltnotwerk.de • 0221-7722145

Spendenkonto Pax Bank Köln eG  
DE80 3706 0193 0016 1510 25



Marianne  
Hardt

## Stricken für Lepra-Kranke

**LANGENFELD.** In Europa ist laut der Weltgesundheitsorganisation WHO die Krankheit eliminiert. Dennoch ist die Krankheit der Armut nicht aus der Welt zu schaffen: Lepra. Jährlich erkranken Tausende weltweit an Lepra. KAB-Mitglied Marianne Hardt von der KAB Langenfeld-Richrath strickt seit über zwanzig Jahren „Lepra-Decken“. Ihr damaliger Aufruf in

einer Zeitung „Wer hilft mit beim Lepra-Decken-Stricken?“ war ein voller Erfolg. Über 7.000 Decken konnte ihre Aktion bis Ende 2017 in Krankenhäusern und Lepra-Stationen bereitstellen. Derzeit hat KAB-Mitglied Hardt weitere 223 Decken gestrickt.

Wer  
Was  
Wann  
Wo



Helmut  
Kuntscher

## Linke Flügel in der CSU

**INGOLSTADT.** Helmut Kuntscher ist nicht nur ein engagierter Rentenberater der KAB. Der Ingolstädter hat auch am Modell der solidarischen Alterssicherung der KAB und der katholischen Verbände mitgearbeitet. Ergebnis: Eine armutsfeste Rente braucht einen Sockel.

Für eine armutsfeste Rente setzt Kuntscher sich auch in seiner Partei, der CSU, ein. Nicht

selten gegen seine Parteigenoss\*innen. So auch wieder jüngst als Bundesarbeitsminister Hubertus Heil das Modell einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung vorlegte. „Wir unterstützen das Modell von Heil, weil es ein echter Fortschritt ist“, erklärte Kuntscher im Bayerischen Rundfunk. Er will sich als linker Flügel in der Union dafür einsetzen.

# § RECHT

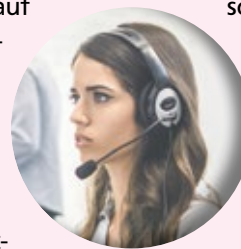
## Gericht: Kirche redet mit bei Sonntagsarbeit

**A**rbeit ist nicht nur eine Angelegenheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen steht ein Anspruch auf Beteiligung bei Verfahren über die Bewilligung von Sonntagsarbeit in Callcentern zu. Das hat das Sächsische OVG in einem Urteil vom 11. April 2019 (3 A 505/19) entschieden.

Aufgrund von Ausnahmegewilligungen sollten im Freistaat Sachsen Arbeitnehmer\*innen auch an Sonn- und Feiertagen in Callcentern beschäftigt werden dürfen. Nachdem die Landeskirche hiervon aus den Medien erfuhr, bat sie die Landesdirektion Sachsen um Beteiligung an den laufenden sowie künftigen Bewilligungsverfahren. Das wurde abgelehnt. Der Landeskirche stehe weder ein Anspruch auf Akteneinsicht, noch

auf Auskunft zu. Dagegen klagte sie erfolgreich. Das VG Dresden verurteilte den Freistaat Sachsen zur Beteiligung der Landeskirche am Verwaltungsverfahren. Zudem hat die Klägerin einen Anspruch auf Vorlage aller bereits erteilten Bewilligungen von Sonntagsarbeit in Callcentern, wenn diese noch fortwirken. Die Berufung des Freistaates Sachsen gegen diese Entscheidung wurde vom Sächsischen OVG zurückgewiesen.

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche ist in ihrem Grundrecht auf Religionsfreiheit betroffen. Diese wird durch die Sonn- und Feiertagsgarantie nach Art. 140 GG i. V. m. Art. 139 Weimarer Reichsverfassung konkretisiert. Sonn- und staatlich an-



erkannte Feiertage sind als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt. Es handelt sich um einen Schutzauftrag, der sich nicht nur an den Gesetzgeber richtet, sondern auch von Behörden zu berücksichtigen ist, wenn sie Ausnahmen zur sonntäglichen Arbeitsruhe bewilligen. In § 9 ArbZG ist geregelt, dass Arbeitnehmer an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24 Uhr grundsätzlich nicht beschäftigt werden dürfen. Ausnahmen sind u. a. bei Bejahung eines öffentlichen Interesses (§ 15 Abs. 2 ArbZG) oder etwa zur Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens (§ 13 ArbZG) vorgesehen.

Das Sächsische OVG hat die Revision zum BVerwG zugelassen.



## BUCHTIPPS

### Schlechte Arbeit

**E**s ist provokant. Fast drei Millionen Menschen suchen allein in Deutschland Arbeit und der US-Anthropologe David Graeber erklärt, dass Jobs, die keinen sinnvollen gesellschaftlichen Beitrag leisten, abgeschafft werden müssten. Doch Graeber geht es um mehr. Immer häufiger wird „sinnlos“ gearbeitet, mit verherrenden Konsequenzen für die Gesellschaft; trotz Automation und Digitalisierung arbeiten wir weiterhin 40 Stunden die Woche, um ein Auskommen zu sichern. Graeber nennt unzählige Beispiele sinnloser Arbeit und stellt damit eine existenzielle Frage. Was ist gute Arbeit? Wie kann Arbeit und Bezahlung entkoppelt werden? Ein Buch zum intensiven Nachdenken über Arbeit und sinnvollem Leben.



#### **Bullshit Jobs – Vom wahren Sinn der Arbeit**

David Graeber, Klett-Cotta-Verlag 2018, 26,00 Euro

### Spaltung überwinden

**S**olidarität gehört neben Subsidiarität, Personalität und Nachhaltigkeit zu den Prinzipien der katholischen Soziallehre. Der Kasseler Soziologe Heinz Bude wirbt angesichts der gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich für ein neues Verständnis von Solidarität, nicht im Sinne von dem Ersatz des Sozialstaats, sondern vielmehr für eine freie Entscheidung zur Mitmenschlichkeit. Dabei geht es nicht um Barmherzigkeit, sondern um „mein Verständnis von Zugehörigkeit und mein Gefühl der Verantwortung für das Ganze“. Seine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Solidarität“ soll die tiefe Spaltung der Gesellschaft überwinden und nicht zuletzt eine globale Verantwortung, eine Solidarität mit allen Lebewesen erreichen.



#### **Solidarität – Die Zukunft einer großen Idee**

Heinz Bude, Hanser-Verlag 2019, 19,00 Euro

## LESERBRIEFE

### Lesen macht jetzt richtig Spaß Zur Neugestaltung des Impuls

Endlich hat der Impuls wieder eine vernünftige Form im Magazinform. Ich finde die Darstellung der Themen gut verständlich und sehr übersichtlich. Ich meine, die Schrift ist auch für ältere Mitglieder, zu welchen auch ich gehöre, gut lesbar. Danke für eure Entscheidung!  
Beste Grüße

Walter Just

Die Neugestaltung der „Impuls“ finde ich sehr gelungen. Bitte machen Sie so weiter.

Willibrord Schmidt, Birkenbruck

Ich möchte euch ausdrücklich ein großes Lob für den neuen Impuls aussprechen. Das Design wirkt frisch und zeitgemäß, das Titelthema ist gut aufbereitet und auch sonst finde ich inhaltlich viele interessante Beiträge. Schon jetzt bin ich gespannt auf die nächste Ausgabe mit dem Themenschwerpunkt „Leben und Arbeiten in der Stadt“. Weiter so!

Alexander Kolbow, Würzburg

Endlich wieder ein Format, in dem ich wieder gerne blättern kann. Es gefällt mir wieder sehr gut in dem alten/neuen Format zu lesen. Inhaltlich sehr gut präsentiert. Die bisherige Zeitung hat keinen Spaß bereitet. Jetzt macht das Lesen wieder richtig Spaß. Danke dafür und auch, dass Sie die Kritik ernst genommen haben.

Josef Pieper, Coesfeld

### Gerechte Rente statt rentierliche Posten

**Zum Schwerpunktthema „Sockelrente stoppt Altersarmut!“, in: Impuls 1-2019**

Ich bin auch dafür, dass Niedrigrentenbezieher eine ordentliche Aufstockung erhalten sollen, wenn sie ihren Lebensunterhalt von einer Minirente bestreiten sollen. Wenn aber Personen neben einer Minirente durch Zusatzversorgung wie Pensionen, Tantiemen, Mieteinnahmen, Vermögen oder durch gute bis sehr gute Absicherung des Ehepartners gut versorgt sind, sollte dieser Personenkreis keine Aufstockung bekommen. Der überwiegende Teil dieser Rentenbezieher – Schätzungen gehen von etwa 2,8 Millionen aus – ist gut bis sehr gut abgesichert. Soll es sich etwa bei dem

vorliegenden Vorschlag doch um Stimmenfang bei den nächsten Wahlen handeln?

*Dieter Osebelt, Dortmund*

Wir sind beide Rentner und ärgern uns seit drei Jahren über die sogenannte Doppelverbeitragung von Betriebsrenten und Auszahlung der Lebensversicherung als Altersvorsorge. Jens Spahn ist dabei, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, dass zumindest der Arbeitgeberanteil für uns entfällt. Frau Merkel hat das sofort abgelehnt und erklärt, dass die drei Milliarden Euro pro Jahr zu teuer wären. Die KAB Deutschlands hat schon einmal mit einer Kampagne bewirkt, dass der AG-Anteil bei den Zusatzzahlungen der Krankenkassen wieder übernommen wurden. Bitte klemmen Sie sich doch hinter diesen Vorgang.

*Günter und Monika Dehlen, Oberhausen*

Ich frage mich immer wieder, was tragen denn eigentlich unsere Beamten zur Rente bei? Wäre es nicht an der Zeit, die Bevorzugung der Beamten zu beenden und eine einheitliche Rentenkasse zu schaffen, in die alle – aber wirklich auch alle – einzahlen? Das Beamtentum ist doch ein Anachronismus, der doch in der heutigen Zeit keine glaubhafte Begründung mehr findet. Also – wo sind die mutigen Menschen, die hier einmal wirkliche G e r e c h t i g k e i t praktizieren wollen? Oder liege ich da total falsch?

*Manfred Bartylla (per E-Mail)*

Ihr habt wieder seitenweise über Sockelrente und Cappuccino-Modell schwadroniert und was bleibt davon übrig? Nichts!

Die Einführung der Grundrente ist ein überfälliger Schritt. Die wird ohne euer Zutun kommen. Da wir kein Geld zu verschenken haben, wird es eine Bedürftigkeitsprüfung geben müssen und das ist gut so.

Wir brauchen kein neues Rentenmodell, das mehr Bürokratie und rentierliche Posten für Funktionäre fördert. Schröder, Riester, Rentenpapst Rürup und der König der Drücker und AWD-Gründer Maschmeyer, haben im Jahr 2002 die Karten neu gemischt. Die privaten Rentenversicherungen haben daran Millionen verdient. Die gesetzliche Rente wurde heruntergefahren. Dieses Abkassieren sollte reichen und Warnung für alle sein.

Was wir brauchen, ist Gerechtigkeit und Solidarität, die der Staat nicht verordnen kann. Die muss das Volk wollen. Dafür solltet ihr den Weg bereiten. Wir brauchen – wie in Österreich eine breitere Grundlage für unser jetziges System, in dem alle Erwachsenen einzahlen, auch Selbstständige und Beamte. Wir brauchen den gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das bestimmen z. B. bei VW die Mitarbeiter! Wenn die nein sagen, dann wird das nichts. Wir brauchen einen höheren Mindestlohn für wirklich geleistete Arbeit. Keinen Hungerlohn wie ihn osteuropäische Leiharbeiter erhalten.

*Herrmann Bischof, Bramsche*

## IMPRESSUM



113. Jahrgang,  
Hrsg.  
KAB Deutschlands

**Redaktion und Vertrieb**  
Matthias Rabbe (verantw.),  
Iris Koglin  
(Redaktionsassistentin)  
Tel. (02 21) 77 22-1 31  
Fax (02 21) 77 22-1 35  
kab-impuls@ketteler-verlag.de

**Ketteler-Verlag GmbH**  
Geschäftsführer: Alois Nock  
Amtsgericht Köln, HRB 34678  
Bernhard-Letterhaus-Straße 26  
50670 Köln

**Gesamtherstellung**  
Heider Druck GmbH  
Bergisch Gladbach

Titelbild: Rabbe  
Nicht extra ausgewiesene  
Fotos sind von Fotolia.com

Bild Rückseite: Beuroner  
Kunstverlag (Motiv auch  
als Postkarte erhältlich)

**Anzeigen und Beilagen**  
Joh. Heider Verlag GmbH  
Susanne Krausewitz,  
krausewitz@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag  
enthalten.  
Auflage: 80.000  
Für Termine keine Haftung.  
Der nächste KAB-Impuls  
erscheint am:  
**25. August 2019**  
Anzeigenschluss:  
**22. Juli 2019**  
ISSN 1434-4386  
[www.ketteler-verlag.de](http://www.ketteler-verlag.de)



## ZUM SCHLUSS

**NÄCHSTE Ausgabe:**  
**NOCH VIEL ARBEIT –**  
**100 Jahre Internationale**  
**Arbeitsorganisation (ILO)**  
 [www.kab.de/service/kab-impuls](http://www.kab.de/service/kab-impuls)

**Immer schnell  
und umfassend  
informiert!**

**[www.kab.de](http://www.kab.de)**





# KREUZWORTRÄTSEL

Suchen Sie das Lösungswort!

# KAB-Rätselspaß

Kirchengalerie	konfus	salopp: nein	Kurzform von Diana	Deutungsvariante	Staatenbildendes Insekt	Gesangsstück	Windrichtung	deutscher Philosoph († 1803)	lateinisch: im Jahre	Geistesgröße	Urkundenverwalter	alte holländische Münze	Erwerbstätigkeit
gesetzl. Gehaltsuntergrenze				2					Seenort in Oberitalien	12			
Kostenpunkt einer Ware					Wasservogel						Seltenerdmetall		
			deutsche Nordseeinsel	Wortteil: zurück			9		Mainzer Sozialbischof †		Kolbenweg beim Motor	8	
Hautöffnung	Käsestadt in Holland	nicht vertraut				5	höherer kath. Geistlicher	Arzt-rundgang					
					Stadt des Katholikentags 2022		Autor von „Robinson Crusoe“				biblische Sündenstadt		Lebewohl
drohende Havarie	KAB-Bundesvorsitzende	irische Hafenstadt		Kaviarfisch					Studentenbewegung der Sechziger		ausgestreuter Samen		
Hau-messer							Wortteil: Tausendstel	Stücklohn					4 evakuieren
römischer Liebesgott				höfliche Anrede	Akten-tasche		6			Hauptstadt von Albanien	männliches Fürwort		
Tortenboden	Vorsilbe: unter		kleines Felsstück					deutscher Blödelbarde			Post-sendung	geometrische Figur, Rhombus	
						Blutbahn	Schnee-hütte	Mit-arbeiter-gruppe	Klang-farbe der Stimme	14			
Schmerz-laut		Stadt in Süd-deutschland	auf Gleich-heit aus-gerichtet								nicht glatt		10
			magische indische Silbe	italie-nischer Name der Etsch			1	Region in Mittel-italien					
asia-tisches Buckel-rind	franzö-sischer Strom					erquicken				11	franzö-sisch: Sommer		
junges Tier als Oster-symbol	3			Schlaf-erlebnis				gekürzt wieder-geben					

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

## Auflösungen aus Heft 1/2019

1	2	4	7	8	5	6	3	9
3	5	9	4	1	6	2	8	7
8	7	6	3	9	2	4	5	1
2	8	1	6	3	9	7	4	5
6	9	3	5	4	7	1	2	8
7	4	5	1	2	8	9	6	3
5	6	2	9	7	3	8	1	4
9	1	8	2	5	4	3	7	6
4	3	7	8	6	1	5	9	2

Das Lösungswort vom letzten Rätsel lautet:  
**SOLIDARITAET**



### Rätseln und gewinnen!

Schicken Sie das Lösungswort (Einsenden bis 10. Juli 2019) mit Ihrer Adresse an die:  
**Redaktion IMPULS**  
Bernhard-Letterhaus-Str. 26  
50670 Köln oder  
kab-impuls@ketteler-verlag.de  
**KAB-Grillschürzen zu gewinnen!**



## Die Wunder von damals

Die Wunder von damals müssen's nicht sein,  
auch nicht die Formen von gestern,  
nur lass uns zusammen Gemeinde sein,  
eins, so wie Brüder und Schwestern,  
ja, gib uns den Geist, deinen guten Geist,  
mach uns zu Brüdern und Schwestern!

Ein Brausen vom Himmel muss es nicht sein,  
Sturm über Völkern und Ländern,  
nur gib uns den Atem, ein kleines Stück  
unserer Welt zu verändern,  
ja, gib uns den Geist, deinen Lebensgeist,  
uns und die Erde zu ändern.

**Lothar Zenetti**

*Text: Aus „Pfingstlied heute“, Lothar Zenetti*

*Bild: Christel Holl „Feuer des Geistes“,  
Beuroner Kunstverlag*

